

Der DatKomm

Praxiskommentar zum Datenschutzrecht – DSGVO und DSG

herausgegeben von

RA Dr. Rainer Knyrim
Knyrim Trieb Rechtsanwälte, Wien

unter redaktioneller Mitarbeit von

Mag. Viktoria Haidinger, LL.M.
Abteilung Statistik der WKÖ, Wien

KommR Prof. Hans-Jürgen Pollirer
Secur-Data Betriebsberatung, Wien

DI Michael Löffler
AIT Austrian Institute of Technology, Wien

RA Dr. Gerald Trieb, LL.M.
Knyrim Trieb Rechtsanwälte, Wien

Titelei I

(Inhaltsverzeichnis und Zuteilungstabellen 3. Ausgabe)



Wien 2018
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag:

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm (ab 2018)

Bearbeiter in *Knyrim*, DatKomm Art ... Rz ... (Stand ...)

Illibauer in *Knyrim*, DatKomm Art 83 Rz 1 (Stand Jänner 2022)

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung des Herausgebers, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen. Sämtliche Beiträge in diesem Werk geben die persönliche Meinung der Autorinnen und Autoren wieder.

ISBN 978-3-214-17304-3

© 2022 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	V
Zuteilung der Erwägungsgründe der DSGVO	XI
Zuteilung der DSG-Bestimmungen zur DSGVO	XIII
Zuteilung der DSRL-PJ-Bestimmungen zum DSG	XV
Zuteilung der Erwägungsgründe der DSRL-PJ	XVII
Hinweise für die Benutzung	XIX

Inhaltsverzeichnis

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

- Art. 1. Gegenstand und Ziele
- Art. 2. Sachlicher Anwendungsbereich
- Art. 3. Räumlicher Anwendungsbereich
- Art. 4. Begriffsbestimmungen

Kapitel II

Grundsätze

- Art. 5. Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten
- Art. 6. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung
- Art. 7. Bedingungen für die Einwilligung
- Art. 8. Bedingungen für die Einwilligung eines Kindes in Bezug auf Dienste der Informationsgesellschaft
- Art. 9. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
- Art. 10. Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten
- Art. 11. Verarbeitung, für die eine Identifizierung der betroffenen Person nicht erforderlich ist

Kapitel III

Rechte der betroffenen Person

Abschnitt 1

Transparenz und Modalitäten

- Art. 12. Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person

Abschnitt 2

Informationspflicht und Recht auf Auskunft zu personenbezogenen Daten

- Art. 13. Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person
- Art. 14. Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden
- Art. 15. Auskunftsrecht der betroffenen Person

Abschnitt 3 **Berichtigung und Löschung**

- Art. 16. Recht auf Berichtigung
- Art. 17. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)
- Art. 18. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung
- Art. 19. Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung
- Art. 20. Recht auf Datenübertragbarkeit

Abschnitt 4 **Widerspruchsrecht und automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall**

- Art. 21. Widerspruchsrecht
- Art. 22. Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling

Abschnitt 5 **Beschränkungen**

- Art. 23. Beschränkungen

Kapitel IV **Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter**

Abschnitt 1 **Allgemeine Pflichten**

- Art. 24. Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen
- Art. 25. Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen
- Art. 26. Gemeinsam Verantwortliche
- Art. 27. Vertreter von nicht in der Union niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeitern
- Art. 28. Auftragsverarbeiter
- Art. 29. Verarbeitung unter der Aufsicht des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters
- Art. 30. Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten
- Art. 31. Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde

Abschnitt 2 **Sicherheit personenbezogener Daten**

- Art. 32. Sicherheit der Verarbeitung
- Art. 33. Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde
- Art. 34. Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten betroffenen Person

Abschnitt 3

Datenschutz-Folgenabschätzung und vorherige Konsultation

Art. 35. Datenschutz-Folgenabschätzung

Art. 36. Vorherige Konsultation

Abschnitt 4

Datenschutzbeauftragter

Art. 37. Benennung eines Datenschutzbeauftragten

Art. 38. Stellung des Datenschutzbeauftragten

Art. 39. Aufgaben des Datenschutzbeauftragten

Abschnitt 5

Verhaltensregeln und Zertifizierung

Art. 40. Verhaltensregeln

Art. 41. Überwachung der genehmigten Verhaltensregeln

Art. 42. Zertifizierung

Art. 43. Zertifizierungsstellen

Kapitel V

Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer oder an internationale Organisationen

Art. 44. Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung

Art. 45. Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses

Art. 46. Datenübermittlung vorbehaltlich geeigneter Garantien

Art. 47. Verbindliche interne Datenschutzvorschriften

Art. 48. Nach dem Unionsrecht nicht zulässige Übermittlung oder Offenlegung

Art. 49. Ausnahmen für bestimmte Fälle

Art. 50. Internationale Zusammenarbeit zum Schutz personenbezogener Daten

Kapitel VI

Unabhängige Aufsichtsbehörden

Abschnitt 1

Unabhängigkeit

Art. 51. Aufsichtsbehörde

Art. 52. Unabhängigkeit

Art. 53. Allgemeine Bedingungen für die Mitglieder der Aufsichtsbehörde

Art. 54. Errichtung der Aufsichtsbehörde

Abschnitt 2

Zuständigkeit, Aufgaben und Befugnisse

Art. 55. Zuständigkeit

Art. 56. Zuständigkeit der federführenden Aufsichtsbehörde

Art. 57. Aufgaben

Art. 58. Befugnisse

Art. 59. Tätigkeitsbericht

Kapitel VII **Zusammenarbeit und Kohärenz**

Abschnitt 1 **Zusammenarbeit**

- Art. 60. Zusammenarbeit zwischen der federführenden Aufsichtsbehörde und den anderen betroffenen Aufsichtsbehörden
- Art. 61. Gegenseitige Amtshilfe
- Art. 62. Gemeinsame Maßnahmen der Aufsichtsbehörden

Abschnitt 2 **Kohärenz**

- Art. 63. Kohärenzverfahren
- Art. 64. Stellungnahme des Ausschusses
- Art. 65. Streitbeilegung durch den Ausschuss
- Art. 66. Dringlichkeitsverfahren
- Art. 67. Informationsaustausch

Abschnitt 3 **Europäischer Datenschutzausschuss**

- Art. 68. Europäischer Datenschutzausschuss
- Art. 69. Unabhängigkeit
- Art. 70. Aufgaben des Ausschusses
- Art. 71. Berichterstattung
- Art. 72. Verfahrensweise
- Art. 73. Vorsitz
- Art. 74. Aufgaben des Vorsitzes
- Art. 75. Sekretariat
- Art. 76. Vertraulichkeit

Kapitel VIII **Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen**

- Art. 77. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde
- Art. 78. Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen eine Aufsichtsbehörde
- Art. 79. Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter
- Art. 80. Vertretung von betroffenen Personen
- Art. 81. Aussetzung des Verfahrens
- Art. 82. Haftung und Recht auf Schadenersatz
- Art. 83. Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen
- Art. 84. Sanktionen

Kapitel IX **Vorschriften für besondere Verarbeitungssituationen**

- Art. 85. Verarbeitung und Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit
- Art. 86. Verarbeitung und Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten

(VIII)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titelei I (3. Ausgabe)

- Art. 87. Verarbeitung der nationalen Kennziffer
- Art. 88. Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext
- Art. 89. Garantien und Ausnahmen in Bezug auf die Verarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken
- Art. 90. Geheimhaltungspflichten
- Art. 91. Bestehende Datenschutzvorschriften von Kirchen und religiösen Vereinigungen oder Gemeinschaften

Kapitel X

Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte

- Art. 92. Ausübung der Befugnisübertragung
- Art. 93. Ausschussverfahren

Kapitel XI

Schlussbestimmungen

- Art. 94. Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG
- Art. 95. Verhältnis zur Richtlinie 2002/58/EG
- Art. 96. Verhältnis zu bereits geschlossenen Übereinkünften
- Art. 97. Berichte der Kommission
- Art. 98. Überprüfung anderer Rechtsakte der Union zum Datenschutz
- Art. 99. Inkrafttreten und Anwendung

Nachbemerkung

Entstehungsgeschichte DSGVO

Datenschutzgesetz (DSG)

2. Hauptstück Organe

[. . . .]

4. Abschnitt

Aufsichtsbehörde nach der Richtlinie (EU) 2016/680

- § 31. Datenschutzbehörde
- § 32. Aufgaben der Datenschutzbehörde
- § 33. Befugnisse der Datenschutzbehörde
- § 34. Allgemeine Bestimmungen

[. . . .]

3. Hauptstück

Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke der Sicherheitspolizei einschließlich des polizeilichen Staatsschutzes, des militärischen Eigenschutzes, der Aufklärung und Verfolgung von Straftaten, der Strafvollstreckung und des Maßnahmenvollzugs

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

- § 36. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen
- § 37. Grundsätze für die Datenverarbeitung, Kategorisierung und Datenqualität
- § 38. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung
- § 39. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
- § 40. Verarbeitung für andere Zwecke und Übermittlung
- § 41. Automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall

2. Abschnitt

Rechte der betroffenen Person

- § 42. Grundsätze
- § 43. Information der betroffenen Person
- § 44. Auskunftsrecht der betroffenen Person
- § 45. Recht auf Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten und auf Einschränkung der Verarbeitung

Anhänge für die Praxis

Anhang I: Englisch-Übersetzungen ausgewählter nationaler Rechtsvorschriften samt Glossar

- 1. Datenschutzgesetz – DSG
- 2. Verordnung über die Ausnahmen von der Datenschutz-Folgenabschätzung – DSFA-AV
- 3. Verordnung über Verarbeitungsvorgänge, für die eine Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen ist – DSFA-V
- 4. Glossar

Anhang II: Sammlung datenschutzrechtlicher Rechtsprechung

Anhang III: Checklisten

- Checkliste 1: Bring Your Own Device (BYOD)
- Checkliste 2: Der gesetzeskonforme Webauftritt
- Checkliste 3: E-Recruiting
- Checkliste 4: Erfolgreiche Zertifizierung für das Datenschutz-Gütesiegel EuroPriSe
- Checkliste 5: Meldepflicht von Datenschutzverletzungen
- Checkliste 6: Auskunftsrecht nach Art 15 DSGVO
- Checkliste 7: Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen
- Checkliste 8: Einwilligungserklärungen der Art 7 und 8 DSGVO
- Checkliste 9: Löschkonzept
- Checkliste 10: Social-Media-Richtlinie (Social Media Guideline)

(X)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titelei I (3. Ausgabe)

Zuteilung der Erwägungsgründe der DSGVO

Diese Tabelle bietet eine Übersicht der Erwägungsgründe der DSGVO, die aufgrund inhaltlicher Verknüpfung bei den jeweils passenden Artikeln der DSGVO angeführt sind.

ErwGr	Art DSGVO
1 – 3	1
4	1, 85, 91
5 – 9	1
10	1, 9
11 – 13	1
12, 13	1
14	2
15	2, 4
16 – 21	2
22 – 25	3
26	4
27	2
28 – 31	4
32, 33	7
34, 35	4, 9
36, 37	4
38	8
39	5, 12
40, 41	6
42, 43	7
44, 45	6
46	6, 9
47 – 50	6
51 – 56	9
57	11
58, 59	12
60	12, 13, 14
61, 62	13, 14
63, 64	15
65	16, 17
66	16, 17
67	18
68	20

ErwGr	Art DSGVO
69, 70	21
71	22
73	23
74 – 76	24, 32
77	24, 32, 70
78	24, 25, 32
79	26, 32
80	27
81	24, 28
82	30, 31
83	32
84	35
85	33
86	34
87, 88	33, 34
89 – 93	35
94 – 96	36
97	37, 38, 39
98, 99	40
100	42
101	44
102	44, 45
103, 104	45
105	45, 70
106	45, 97
107	45, 46
108	46, 47
109	46
110	47
111 – 114	49
115	48, 49
116	50
117	51, 52, 54

Zuteilung der Erwägungsgründe der DSGVO

ErwGr	Art DSGVO
118	51, 52
119	51
120	52
121	53, 54
122	55, 57, 58
123	57
124	56, 70
125, 126	56
127, 128	56, 60
129	58
130	60, 60
131	58, 60
132	57
133	61
134	62
135	63
136	64, 65, 70
137, 138	66
139	68, 69, 70
140	75
141	77, 78, 79

ErwGr	Art DSGVO
142	80
143	65, 78
144	81
145	79
146, 147	82
148	83
149	84
150, 151	83
152	84
153	85
154	86
155	88
156 – 163	89
164	90
165	91
166	92
167 – 169	93
170	1
171	7, 94, 99
172	1
173	95

Zuteilung der DSG-Bestimmungen zur DSGVO

Der Aufbau des Kommentars orientiert sich an der chronologischen Abfolge der Artikel der DSGVO. Diese Tabelle bietet eine Übersicht jener Bestimmungen des DSG, die aufgrund inhaltlicher Verknüpfung bei den jeweils passenden Artikeln der DSGVO mitbehandelt werden. Diejenigen Bestimmungen des DSG, bei denen sich nach diesem System keine Zuordnung ergeben hat (2. Hauptstück 4. Abschnitt und 3. Hauptstück, Umsetzung der DSRL-PJ), werden gesondert behandelt.

§ (Abs) DSG	Art DSGVO
1	1
2 [außer Kraft]	2
3 [außer Kraft]	3
4 (1)	2
4 (2)	18
4 (3)	10
4 (4)	8
4 (5), (6)	15
4 (7) [außer Kraft]	2
5 (1)–(3)	38
5 (4), (5)	37
6	90
7, 8	89
9	85
10	6
11	84
12, 13	6
14–17	Vor Kap VI (Art 51–59)
18	51
19	52

§ (Abs) DSG	Art DSGVO
20	53
21	57
22 (1)–(5)	58
22 (6)	80
23	59
24 (1)–(7), (9), (10)	77
24 (8)	78
25, 26	77
27	78
28	80
29 (1)	82
29 (2)	79, 82
30	83
31–34	<i>s dort</i>
35	52
36–59	<i>s dort</i>
60 (8), 61 (4), 69, 70	94
62, 63	84
64–68	99
69, 70	94

Zuteilung der DSRL-PJ-Bestimmungen zum DSG

Diese Tabelle bietet eine Übersicht jener Bestimmungen der DSRL-PJ, die aufgrund inhaltlicher Verknüpfung bei den jeweils passenden Bestimmungen des DSG mitbehandelt werden.

Art (Abs) DSRL-PJ	§ (Abs) DSG
1 – 3	36
4 (1), (4)	37
4 (2), (3)	40
5	37
6, 7	37
8	38
9	40
10	39
11	41
12	42
13	43
14, 15	44
16	45
17, 18	42
19, 20	46
21	47
22, 23	48
24	49

Art (Abs) DSRL-PJ	§ (Abs) DSG
25	50
26	51
27	52
28	53
29	54
30	55
31	56
32 – 34	57
35	58
36 – 40	59
41 – 45	31
46	32
47	33
48 – 50	34
51	Nach 3. Hauptstück
52	32
53 – 56	32
57 – 60	Nach 3. Hauptstück

Zuteilung der Erwägungsgründe der DSRL-PJ

Diese Tabelle bietet eine Übersicht der Erwägungsgründe der DSRL-PJ, die aufgrund inhaltlicher Verknüpfung bei den jeweils passenden Artikeln der DSRL-PJ angeführt sind.

ErwGr	Art (Abs) DSRL-PJ
1 – 4	1
5 – 20	2
21 – 25	3
26 – 30	4 (1), (4)
31	6
32	4 (1), (4)
33 – 35	8
36	9
37	10
38	11
39 – 41	12
42	13
43	14
44 – 46	15
47	16
48	17
49	18
50	19
51 – 53	20
54	21
55	22
56, 57	24
58	27
59	28
60	29
61	30
62	31

ErwGr	Art (Abs) DSRL-PJ
63	32
64, 65	35
66 – 70	36
71	37
72	38
73	39
74	40
75 – 77	41
78	42
79	43
80	44, 45
81	46
82	47
83, 84	50
85, 86	52
87	53
88	56
89	57
90 – 92	58
93	1
94	60
95	61
96	63
97	60
98	59
99 – 105	63
106 – 107	1

Hinweise zur Benutzung

Zur bestmöglichen Unterstützung bei der Auslegung der Normtexte sind den Bestimmungen von DSGVO und DSG jeweils auch die inhaltlich entsprechenden **Erwägungsgründe** bzw. ausgewählte parlamentarische **Erläuterungen** zugeordnet. Diese Materialien wurden teilweise geringfügig redaktionell bearbeitet (Abkürzungen). Redaktionelle Hinweise auf etwaige übernommene Fehler in Normtexten oder veraltete Begriffe in den Materialien erfolgen stets in kursiv in eckigen Klammern.

Die Erwägungsgründe zur DSGVO wurden in ihrer Stammfassung oder der konsolidierten Fassung nach Berichtigung durch ABl L 2018/127, 2 und ABl L 2021/74, 35 übernommen, Hinweise dazu finden sich in den jeweiligen Überschriften.

Der DatKomm

Praxiskommentar zum Datenschutzrecht – DSGVO und DSG

herausgegeben von

RA Dr. Rainer Knyrim
Knyrim Trieb Rechtsanwälte, Wien

unter redaktioneller Mitarbeit von

Mag. Viktoria Haidinger, LL.M.
Abteilung Statistik der WKÖ, Wien

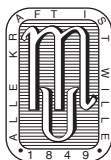
KommR Prof. Hans-Jürgen Pollirer
Secur-Data Betriebsberatung, Wien

DI Michael Löffler
AIT Austrian Institute of Technology, Wien

RA Dr. Gerald Trieb, LL.M.
Knyrim Trieb Rechtsanwälte, Wien

Titelei II

(Verzeichnisse und Vorbemerkungen 3. Ausgabe)



Wien 2018
MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag:

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm (ab 2018)

Bearbeiter in *Knyrim*, DatKomm Art ... Rz ... (Stand ...)

Illibauer in *Knyrim*, DatKomm Art 83 Rz 1 (Stand Jänner 2022)

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung des Herausgebers, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen. Sämtliche Beiträge in diesem Werk geben die persönliche Meinung der Autorinnen und Autoren wieder.

ISBN 978-3-214-17305-0

© 2022 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort

Der Verlag Manz hat die Entwicklung des Datenschutzrechts in Österreich von Anfang an mit Gesetzesausgaben und Kommentaren begleitet. Als erstes Werk erschien zum Inkrafttreten des Datenschutzgesetzes 1978 im Jahr 1980 „Das österreichische Datenschutzgesetz und seine Anwendung“ von *Hans-Jürgen Pollirer*. Im Jahr 1988 erschien die Manz'sche Sonderausgabe zum Datenschutzgesetz von *Dohr/Pollirer/Weiss*, die ab 2002 in 2. Auflage als Loseblatt-Kommentar fortgeführt wurde. Dieser sollte über 20 Jahre zum Standardkommentar im Datenschutzrecht werden und ich durfte ab 2009 als Mitherausgeber an diesem mitwirken.

Durch die Schaffung der direkt anwendbaren Datenschutz-Grundverordnung sowie der Datenschutzrichtlinie für den Bereich Polizei und Justiz im Jahr 2016 war klar, dass ein inhaltlich völlig neuer, noch tiefergehender Kommentar als bisher verfasst werden musste, und zur Optimierung des Lesernutzens die zugehörigen Durchführungsbestimmungen des fast zur Gänze novellierten Datenschutzgesetzes nicht separat, sondern gemeinsam mit den Artikeln der DSGVO bzw der DSRL-PJ kommentiert werden sollten.

Es bot sich auch an, bei dieser Gelegenheit nicht nur inhaltlich, sondern auch technisch ein völlig neues, modernes Werk zu schaffen, das nun in etwas größerem Format und handlicher Heftchenform in Print und zusätzlich auch in entsprechender Online-Version erscheint. Der Verlag bat mich, als Herausgeber das neue Werk umzusetzen. Ich habe die positiven Erfahrungen aus der Chefredaktion der Zeitschrift „Datenschutz konkret (Dako)“ auf das neue Werk übertragen und auch für den Kommentar eine „Redaktion“ geschaffen, die die nun zahlreichen mitwirkenden Autorinnen und Autoren inhaltlich und organisatorisch begleitet hat. Dankenswerter Weise haben sich aus dem bisherigen Team Herr Prof. *Hans-Jürgen Pollirer* und Frau Mag. *Viktoria Haidinger* als Redaktionsmitglieder zur Verfügung gestellt. Herr HR i.R. Dr. *Ernst Weiss* entschied sich altersbedingt gegen eine Mitwirkung an diesem Neuwerk, ihm sei an dieser Stelle für seinen langjährigen Einsatz als Autor des Loseblatt-Kommentars herzlich gedankt. Weiters konnte ich Herrn DI *Michael Löffler* sowie meinen Kanzleipartner RA Dr. *Gerald Trieb* als Redaktionsmitglieder gewinnen. Ihnen gebührt großer Dank, denn sie haben sich sehr viel Zeit genommen, um – neben der Verfassung eigener Beiträge – die Manuskripte der Autorinnen und Autoren zu begutachten, inhaltliche Fragen mit diesen zu diskutieren und den fachlichen Austausch der Autoren untereinander anzuregen.

Ebenso großer Dank gebührt den zahlreichen Autorinnen und Autoren, die sich – trotz ihrer eigenen beruflichen Belastung durch das neue Datenschutzregime – die Zeit genommen haben und ihre Gedanken zu den neuen rechtlichen Regelungen zu Papier gebracht haben.

Die Autorinnen und Autoren geben in der Kommentierung ihre persönliche Meinung wieder und der fachliche Austausch zwischen diesen hat in den meisten Fällen unterschiedlicher Auffassungen zu einem inhaltlichen Konsens geführt, aber nicht immer. Dem Leser sei daher empfohlen, Querverweise auf andere Artikel im Werk zu beachten, um allfällige andere Meinungen nicht zu übersehen.

Mein Dank gilt weiters Herrn Verlagsleiter Mag. *Heinz Korntner* für den Anstoß zu diesem Werk, Frau Dr. *Hemma Korinek* als zuständiger, motivierender Programmleiterin und besonders Frau Dr. *Nora Dim* und ab 2021 Frau Dr. *Elisabeth Maier* für das penible Lektorat und die laufende Unterstützung bei der Schaffung des Werks.

Vorwort

Die Autorinnen und Autoren, die Redaktionsmitglieder und ich als Herausgeber hoffen, dass wir mit diesem Praxiskommentar zum neuen europäischen und österreichischen Datenschutzregime einen wertvollen Beitrag für dessen Auslegung geleistet und die Diskussion darüber weiter angeregt haben. Konstruktiver Kritik sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Die Grundleistung dieses im Herbst 2018 erstmals erschienenen Werks ist auf Stand Anfang Juni 2018 und zahlreiche Kommentierungen wurden seitdem bereits wieder überarbeitet. Das gesamte Werk wird auch künftig laufend erneuert. Achten Sie daher beim Lesen der Kommentierung der Artikel bitte auf das angegebene Erscheinungsdatum, um deren Aktualität zu kennen.

Wien, im Jänner 2022

Rainer Knyrim

Inhaltsübersicht

Vorwort	III
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	VII
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX
Vorbemerkung: Entwicklung des österreichischen DSG und aktuelle Rechtsentwicklung im Datenschutzrecht	XXXIII

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Mag. **René Bogendorfer** ist stellvertretender Geschäftsführer der Bundessparte Information und Consulting in der Wirtschaftskammer Österreich. Zuvor in der Rechtspolitischen Abteilung und Sekretär des Schiedsgerichts der Wirtschaftskammer Niederösterreich. Zu den Aufgabenbereichen des in Wien ausgebildeten Juristen zählen unter anderem die Interessenvertretung und Gesetzesbegutachtung auf europäischer und nationaler Ebene sowie die Beratung in den Themenfeldern IP/IT-Recht und Datenschutzrecht. Er ist Herausgeber bzw (Mit-)Autor zahlreicher Bücher sowie Vortragender und Lektor an der WU Wien und der Fachhochschule Campus Wien zum Datenschutzrecht und Immaterialgüterrecht. Er ist als fachkundiger Laienrichter für Datenschutz am Bundesverwaltungsgericht bestellt.

Mag. **Markus Brandner**, LL.M., LL.M., ist Leiter der Rechtsabteilung der Österreichischen Bischofskonferenz, dem Zusammenschluss der Katholischen Bischöfe der Österreichischen Diözesen. Er ist in dieser Funktion insbesondere mit dem Religionsrecht und Fragen des staatlichen und kirchlichen Rechts befasst, die für die Katholische Kirche in Österreich und ihre Einrichtungen von Relevanz sind. Markus Brandner ist Mitglied der Rechtskommission der COMECE, der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union. Er ist Datenschutzbeauftragter der Katholischen Kirche in Österreich und Vorsitzender der Kirchlichen Datenschutzkommission, die zur Wahrung des Schutzes personenbezogener Daten in der Katholischen Kirche eingerichtet ist.

Dr. **Lorenz Dopplinger** ist Universitätsassistent (post doc) am Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien. Er war davor als Referent in der Datenschutzabteilung und in den Referaten Inneres und Justiz sowie Internationaler Menschenrechtsschutz und EMRK-Beschwerden im Verfassungsdienst der Republik Österreich tätig.

Mag. **Peter Andreas Eschig**, LL.M. (it-law), LL.M. (UCL) ist ehemaliger Wiener Rechtsanwalt mit Zulassungsprüfungen zur Anwaltschaft in Deutschland sowie England & Wales (solicitor) (derzeit nicht ausübend). Mit seinem 2014 gegründeten Unternehmen, T-Lex Ltd (London), hat er sich insbesondere auf Sprachdienstleistungen für Juristen spezialisiert. Im Rahmen seiner Tätigkeit unterstützt er führende Anwaltskanzleien sowie internationale Unternehmen ua im IP/IT-Recht, insbesondere auch Datenschutzbeauftragte. Er ist Mitautor von Übersetzungen österreichischer Gesetze in die englische Sprache (ABGB, UGB) und seit 2018 wissenschaftlicher Beirat der Österreichischen Gesellschaft für Rechtslinguistik (ÖGRL).

Mag. **Natalie Fercher**, LL.M., ist Juristin und derzeit im Bundeskanzleramt tätig. Sie war zuvor als Attaché an der Ständigen Vertretung Österreichs zur EU bzw. von 2009 bis 2017 Mitarbeiterin in der Abteilung Datenschutz im Bundeskanzleramt – Verfassungsdienst und betreute die Verhandlungen zur Datenschutz-Grundverordnung. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und Rotterdam und ist Absolventin des Lehrgangs für Informationsrecht und Rechtsinformation (jetzt: Informations- und Medienrecht) der Universität Wien.

Mag. Dr. **Wolfgang Goricnik**, MBL, leitet das Referat Wirtschaft & Recht der AK Salzburg. Er ist Herausgeber und Autor von arbeits- und datenschutzrechtlichen Fachbüchern und Aufsätzen, zB des Handbuches „Arbeitnehmer-Datenschutz und Mitarbeiterkontrolle“ (2. Auflage 2018). Sein Aufgabengebiet umfasst neben arbeits- und datenschutzrechtlicher Grundlagen-

arbeit auch die rechtliche Beratung von Betriebsräten und Gewerkschaften sowie eine entsprechende Vortragstätigkeit (ua an der Universität Salzburg). Er ist Mitglied des Beirats der Fachzeitschrift „Datenschutz konkret (Dako)“ und fachkundiger Laienrichter für den Fachbereich Datenschutz am Bundesverwaltungsgericht.

Mag. **Viktoria Haidinger**, LL.M., ist Juristin und stellvertretende Leiterin der Abteilung für Statistik der Wirtschaftskammer Österreich. Sie ist Absolventin des Lehrgangs für Informationsrecht und Rechtsinformation (jetzt: Informations- und Medienrecht) der Universität Wien und war danach bei Preslmayr Rechtsanwälte mit Schwerpunkt Datenschutzrecht und IT-Recht als Rechtsanwaltsanwältin tätig. Diese Themen beschäftigen sie auch weiterhin beruflich, darunter sowohl das allgemeine Datenschutzrecht als auch die spezifisch statistischrechtlichen Bestimmungen. Sie ist seitens der Wirtschaftskammer Österreich als fachkundige Laienrichterin für den Bereich Datenschutz am Bundesverwaltungsgericht nominiert sowie Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Datenschutz konkret (Dako)“.

Priv.-Doz. Dr. **Gregor Heißl**, E.MA, wurde 2016 die Lehrbefugnis für Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht von der Universität Innsbruck verliehen. Von 2007 bis 2017 war er als Postdoc-Assistent und Studiengangsleiter an den Universitäten Wien, Innsbruck und Liechtenstein (UFL) tätig. Seine Habilitationsschrift „Grundrechtskollisionen am Beispiel von Persönlichkeitseingriffen sowie Überwachungen und Ermittlungen im Internet“ wurde mit dem Dr. Otto Seibert Wissenschafts-Förderungspreis 2016 ausgezeichnet. Darüber hinaus hat sich Gregor Heißl in Monographien über „Überwachungen und Ermittlungen im Internet: Sicherheitspolizei – Militärische Nachrichtendienste – Kriminalpolizei“ und „Persönlichkeitseingriffe im Internet – Überblick des einfachgesetzlichen Rahmens“, einem Kommentar zum Polizeilichen Staatsschutzgesetz und zahlreichen weiteren Aufsätzen, Beiträgen und Vorträgen umfassend mit Datenschutz beschäftigt. Seit Oktober 2017 ist Gregor Heißl Richter, zuerst am Landesverwaltungsgericht Salzburg und seit Juli 2020 am Landesverwaltungsgericht Tirol.

Univ.-Prof. Dr. **Elisabeth Hödl** ist Praxisprofessorin am Institut für rechtswissenschaftliche Grundlagen der Karl-Franzens-Universität Graz. Sie ist Autorin zahlreicher datenschutzrechtlicher Publikationen und befasst sich zudem mit Fragen der Digitalisierung in einer zunehmend vernetzten Welt. Seit 2017 ist sie für die Styria Media Group AG im Bereich Board Projects tätig.

Mag. Dipl.-Ing. Dr. **Bernhard Horn**, LL.M., ist seit März 2016 Jurist für IT-Compliance bei der Oesterreichischen Nationalbank und seit Mai 2018 Datenschutzbeauftragter. Er ist in der Abteilung IT-Strategie und Informationssicherheit der Hauptabteilung für Informationstechnologie und Kundenservice tätig und beschäftigt sich dort vornehmlich mit IT- und datenschutzrechtlichen Fragestellungen. Daneben ist er als Lehrbeauftragter an der FH St. Pölten tätig und hält regelmäßig Vorträge zum Thema Datenschutz. Zuvor war er Rechtsanwaltsanwält bei Preslmayr Rechtsanwälte OG und befasste sich dort überwiegend mit Datenschutzrecht. Studium der Rechtswissenschaften und Wirtschaftsinformatik an der Universität Wien sowie Software Engineering und Internet Computing an der TU Wien. Ende 2015 Rechtsanwaltsprüfung am OLG Wien

Dipl.-Ing. Dr. **Walter Hötendorfer** ist Senior Researcher und Senior Consultant im Forschungs- und Beratungsunternehmen Research Institute – Digital Human Rights Center. Er hat an der TU Wien Wirtschaftsinformatik und an den Universitäten Wien und Sheffield Rechtswissenschaften studiert und zum Thema „Datenschutz und Privacy by Design im Identitätsmanagement“ promoviert. Nach Stationen in Rechtsberatung und Software Engineering war er von 2011 bis 2016 in der Arbeitsgruppe Rechtsinformatik der Universität Wien wissenschaftlich tätig. Dr. Hötendorfer ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Datenschutz-

recht, zu Privacy Engineering, Netz- und Informationssicherheit (NIS) und verwandten Themen. Er ist zudem Mitglied des Datenschutzrates, Vorstandsmitglied der Österreichischen Computergesellschaft (OCG) und Co-Leiter des OCG Forum Privacy.

Mag. **Ursula Illibauer, MA**, hat Rechtswissenschaften in Wien studiert. Während des Studiums war sie in renommierten Rechtsanwaltskanzleien in Linz und Wien, sowie im EU-Büro der WKÖ in Brüssel beschäftigt. Sie ist seit April 2015 Referentin in der Bundessparte Information und Consulting der Wirtschaftskammer Österreich, wo sie insbesondere im Konsumentenschutz-, E-Commerce- und Datenschutzrecht in der Interessenvertretung tätig ist und Unternehmen berät. Neben ihrer Arbeit in der WKÖ hält sie Vorträge und verfasst wissenschaftliche Beiträge zum Thema Datenschutz.

Mag. **Markus Kastelitz, LL.M.**, ist Jurist mit Postgraduate-Ausbildung im IT-Recht. Er verfügt über vielfältige Berufserfahrungen im In- und Ausland und ist seit 2017 als Senior Researcher und Senior Consultant im Forschungs- und Beratungsunternehmen Research Institute – Digital Human Rights Center mit Spezialisierung im Datenschutz- und IT-Recht tätig. Mag. Kastelitz war bei seinen bisherigen beruflichen Stationen (MedUni Wien, Parlamentsdirektion, dt. Industriekonzerne, RTR, Universität Hannover – Institut für Rechtsinformatik) insbesondere mit datenschutz- und IT-rechtlichen Fragestellungen (ua auch als Datenschutzbeauftragter) befasst und ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen und Gutachten zum Datenschutzrecht. Seit 2015 ist er „Certified Information Privacy Professional/Europe“ (IAPP), zudem ist er Co-Gründer von Privacyofficers.at.

Dr. **Rainer Knyrim** ist Rechtsanwalt, Gründer und Partner von Knyrim Trieb Rechtsanwälte. Dr. Knyrim berät seit zwei Jahrzehnten laufend in- und ausländische Unternehmen sowie öffentliche Einrichtungen im Datenschutzrecht. Er ist Chefredakteur der Zeitschrift „Datenschutz konkret (Dako)“, Autor des „Praxishandbuch Datenschutzrecht“, Herausgeber von „Datenschutz-Grundverordnung – Das neue Datenschutzrecht in Österreich und der EU“ sowie Mitherausgeber von *Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG sowie DSGVO. Dr. Knyrim ist zertifizierter Experte für das Europäische Datenschutz-Gütesiegel EuroPriSe, von der IAPP geprüfter Chief Information Privacy Manager, Certified Information Privacy Professional und Certified Information Privacy Technologist sowie Fellow of Information Privacy und Mitglied von Privacy Europe. Er hat in Wien, Graz und Paris studiert und in der Europäischen Kommission und in der IT-Rechtsabteilung einer Rechtsanwaltskanzlei in London gearbeitet.

Dr. **Gregor König, LL.M., MA**, ist Group Data Protection Officer der Erste Group Bank AG. Gregor König ist seit 2013 in führender Position der Erste Group betreffend Datenschutz-Compliance tätig. Zuvor war er fast ein Jahrzehnt in der Datenschutzkommission, zuletzt auch dort in führender Position und als Mitglied der Kommission, an der Entwicklung der datenschutzrechtlichen Judikatur in Österreich maßgeblich beteiligt. Gregor König ist Mitglied im Datenschutzrat, im Beirat der Zeitschrift für Informationsrecht und tritt frequent sowohl als Vortragender als auch Autor zum Datenschutzrecht in Erscheinung. Er hat in Wien studiert und sich bereits während seines Doktoratsstudiums in Themen des Informationsrechts sowie speziell im Datenschutzrecht spezialisiert (Lehrgang für Informationsrecht und Rechtsinformation [Wien, LL.M.], Lehrgang European Studies – Management of EU Projects [Eisenstadt, MA]).

Mag. **Marija Križanac, CIPP/E, CIPM**, ist Rechtsanwältin bei der Graf Isola Rechtsanwälte GmbH. Sie ist Co-Leiterin des Datenschutz-Teams und berät namhafte Mandanten im Bereich des Datenschutzrechts. Mag. Križanac ist Mitglied der International Association of Privacy Professionals (IAPP) und von der IAPP geprüfter Certified Information Privacy Professional/Europe (CIPP/E) sowie Certified Information Privacy Manager (CIPM). Sie verfügt

über eine TÜV Austria-Zertifizierung als Datenschutzbeauftragte und ist Autorin zahlreicher Fachpublikationen zum Thema Datenschutzrecht, zuletzt etwa Co-Autorin des doppelsprachigen *ecolex*-Sonderhefts „Datenschutz-Grundverordnung“ (*ecolex* 2017/9a) und des RFG-Bandes „Datenschutz neu für Gemeinden“ (RFG 2017/04).

Dr. **Peter Krömer** ist seit 1978 Rechtsanwalt in Sankt Pölten, vor allem tätig im Wirtschaftsrecht (inklusive öffentliches Recht) und Religionsrecht. Seit 1984 arbeitet er als Mitglied der Synode A.B. und Generalsynode der Evangelischen Kirchen in Österreich in deren Rechts- und Verfassungsausschüssen mit, seit 1992 bekleidet er das Amt des Präsidenten der Synode A.B. und Generalsynode der Evangelischen Kirchen in Österreich. Von 1999 bis 2019 war Dr. Peter Krömer Mitglied der internationalen Arbeitsgruppe Menschenrechte und Religionsfreiheit der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK – der Zusammenschluss von rund 120 Orthodoxen Protestantischen, Anglikanischen und Altkatholischen Kirchen in Europa sowie mehr als 40 ökumenischen Räten in Mitgliedstaaten des Europarates).

Univ.-Prof. Dr. **Konrad Lachmayer** ist Vizedekan und Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Grundlagen des Rechts an der Sigmund Freud Privatuniversität (SFU) in Wien. Prof. Lachmayer studierte Rechtswissenschaft an der Universität Wien und verbrachte Forschungsaufenthalte an der University of Cambridge, dem Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg und an der Central European University in Budapest. Im Jahr 2010 wurde Konrad Lachmayer die *Venia* aus Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und Europarecht verliehen. Von 2013/14 bis 2016 war er als Akademischer Rat am Institut für Rechtswissenschaften der ungarischen Akademie der Wissenschaften bzw. als Research Fellow an der Durham Law School in England tätig. Dr. Lachmayer ist Autor zahlreicher Publikationen zum Thema Datenschutz und trägt regelmäßig bei Fachveranstaltungen zum Thema vor.

Dr. **Günther Leissler**, LL.M., ist Rechtsanwalt und seit 2006 bei der Schönherr Rechtsanwälte GmbH in der Practice Group Regulatory tätig. Er leitet die Datenschutzgruppe bei Schönherr und berät seine Mandanten in allen Bereichen des Telekommunikations- und Datenschutzrechts und der damit einhergehenden Unternehmenscompliance, wie etwa bei der Implementierung konzernweiter IT-Lösungen, bei der Erstellung webbasierter Kommunikationslösungen oder bei der rechtskonformen Strukturierung internationaler Datentransfers. Er vertritt seine Mandanten in allen damit einhergehenden behördlichen und gerichtlichen Verfahren. Zudem ist Dr. Leissler in einschlägige datenschutzrechtliche Gesetzesvorhaben eingebunden, wie etwa im Bereich der Gesundheitsregulierung, und begutachtet regelmäßig Gesetze im Datenschutzbereich für die österreichische Rechtsanwaltskammer.

Dr. **Petra Leupold**, LL.M. (UCLA), Leiterin der VKI-Akademie und der Abteilung Wissen im Verein für Konsumenteninformation (VKI), Inhaberin einer Tenure Track-Stelle am Institut für Zivilprozessrecht, Insolvenzrecht und Vergleichendes Prozessrecht der Johannes Kepler Universität Linz. Dr. Leupold ist Vorstandsmitglied von noyb (European Center for Digital Rights), Chefredakteurin der Zeitschrift für Verbraucherrecht (VbR), fachliche Leiterin der Jahrestagung Verbraucher & Recht und Herausgeberin der Jahrbuchreihe Forum Verbraucherrecht. Sie leitet die Consumer Law Clinic und ist Lektorin für Verbraucherrecht an der Universität Wien. Regelmäßige Publikations-, Vortrags- und Lehrtätigkeit im Zivil-, Zivilprozess- und Informationsrecht, Forschungsschwerpunkte im europäischen Verbraucherprivat- und Verfahrensrecht.

DI **Michael Löffler** ist Informatiker und Datenschutzbeauftragter des AIT Austrian Institute of Technology – Österreichs größter außeruniversitärer Forschungseinrichtung. Davor hat er als Teil des Datenschutzteams von Knyrim Trieb Rechtsanwälte Unternehmen bei der prakti-

schen Umsetzung datenschutzrechtlicher Bestimmungen unterstützt. Er trägt zum Thema Datenschutzrecht vor und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Datenschutz konkret* (Dako).

Dr. **Johannes Öhlböck**, LL.M., ist seit 2007 Rechtsanwalt in Wien und Vortragender an der Universität Wien (Lehrgang für Informationsrecht) sowie der Donauuniversität Krems und auf Fragen des IT-Rechts sowie des geistigen Eigentums spezialisiert.

Mag. **Erika Pircher-Eschig**, LL.M. (LSE), Solicitor (England & Wales), †, war als ehemalige Wiener Rechtsanwältin in führenden Wirtschaftskanzleien tätig. Sie arbeitete seit über zehn Jahren als englische Rechtsanwältin (solicitor) (ua bei Allen & Overy LLP) und Unternehmensjuristin in London. Sie war Mitautorin der Übersetzungen des ABGB (2. Auflage 2021) und des UGB (2020) in die englische Sprache.

Prof. KommR **Hans-Jürgen Pollirer** ist Geschäftsführer der Secur-Data Betriebsberatungs-GmbH und beschäftigt sich seit über 40 Jahren intensiv mit dem Thema Datenschutz und Datensicherheit. Er war unter anderem von 2002 bis 2014 Obmann der Bundessparte „Information und Consulting“ der Wirtschaftskammer Österreich und ist Mitautor der im Manz-Verlag erschienenen Gesetzausgaben zu DSG und DSGVO sowie Redaktionsmitglied der fünfmal jährlich erscheinenden Zeitschrift „Datenschutz konkret (Dako)“. Weiters ist Prof. Pollirer zertifizierter Technical and Legal Expert für das Europäische Datenschutz-Gütesiegel EuroPriSe.

MR Dr. **Eckhard Riedl** ist Leiter der Stabsstelle für Datenschutz im Bundesministerium für Justiz und Mitglied des Datenschutzrates. Zuvor war er Leiter der Datenschutzabteilung im Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz und im Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, stellvertretender Leiter der Europarechtsabteilung und Leiter des Referats EU-Gerichtsbareit im Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst sowie Prozessvertreter vor dem Gerichtshof der Europäischen Union.

Dipl.-HTL-Ing. **Andreas Schaupp**, MSc (TM), MSc (ISM), ist Group Chief Information Security Officer der BAWAG Group. Im Laufe seiner Berufslaufbahn hat er maßgebliche IT-, Telekommunikations- und Sicherheitsprojekte beraten und mitgestaltet. Seit mehr als einem Jahrzehnt hat er sich dem Thema Management der Informations-/Cybersicherheit in Finanzinstituten verschrieben. Neben seiner Hauptbeschäftigung ist er Vortragender bei nationalen und internationalen Konferenzen und an nationalen Hochschulen mit den Schwerpunkten IT-Netze und Informations-/Cyber-Sicherheit. Er hat in Wien und Krems studiert und ist aktives Mitglied bei verschiedenen Berufsvereinigungen (wie zB Anti-Phishing Workgroup/APWG).

Mag. **Maximilian Schrems** ist Jurist und Autor. Er konnte mit seiner Klage vor dem Europäischen Gerichtshof das transnationale Safe-Harbor-Abkommen zwischen der EU und den USA beenden. Im Rahmen der DSGVO-Verhandlungen war er regelmäßig Gast im Europäischen Parlament. 2012 gründete er den Verein zur Durchsetzung des Grundrechts auf Datenschutz „europe-v-facebook.org“ sowie 2017 die Datenschutz-NGO noyb („none of your business“), deren Vorstandsvorsitzender er ist und die sich der Durchsetzung von Datenschutzrechten verschrieben hat.

Dr. **Thomas Schweiger**, LL.M., ist Partner der Wirtschaftsanwaltskanzlei SMP Schweiger Mohr & Partner (www.it-recht.at) in Linz. Seit mehr als 15 Jahren berät er KMUs und auch international tätige Unternehmen und Organisationen im Bereich des Datenschutzes und Informationstechnologierechts. Er hat an der JKU in Linz (1990 bis 1993) und der Duke University School of Law in den USA (1995/96) studiert, seine Dissertation (2006) im Bereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in englischer Sprache verfasst und im Jahr 2007 den

Fachanwaltslehrgang Informationstechnologierecht in Deutschland absolviert. Er ist zertifizierter Datenschutzbeauftragter und Mitglied der International Association of Privacy Professionals sowie Mitglied der Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im Deutschen Anwaltverein (DAV) eV. Er hat zahlreiche Publikationen im Bereich Informationstechnologierecht und Datenschutz veröffentlicht und bietet mit der dp dataprotect gmbh Dienstleistungen im Bereich Datenschutz und veröffentlicht einen Blog auf der Website www.dataprotect.at.

Prof. Dr. **Eva Souhrada-Kirchmayer** ist Richterin und stellvertretende Kammervorsitzende am Bundesverwaltungsgericht. Sie ist überdies Vorsitzende der Datenschutz-Aufsichtsbehörde der Europäischen Weltraumorganisation (ESA). Sie war von 1991 bis 2013 im Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst im Bereich des Datenschutzes ua als Leiterin der Datenschutzabteilung sowie als geschäftsführendes Mitglied und Leiterin der Geschäftsstelle der Datenschutzkommission tätig. Von Ende 2011 bis Mitte 2018 übte sie auch das Amt der Datenschutzbeauftragten des Europarates aus. Sie ist Autorin zahlreicher Beiträge im Bereich des Datenschutzes und wurde 2017 mit dem Titel einer „Professorin“ für ihre wissenschaftlichen Verdienste auf dem Gebiet des Datenschutzes ausgezeichnet.

Mag. **Katarin Steinbrecher** ist Leiterin des Vertretungsbüros des Österreichischen Rechtsanwaltskammertags (ÖRAK) in Brüssel. Mag. Steinbrecher obliegt es, die Arbeiten der Europäischen Institutionen und des Rats der Europäischen Anwaltschaften (CCBE) zu verfolgen und die Interessen der österreichischen Anwaltschaft wahrzunehmen und als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Darüber hinaus informiert sie die österreichischen Rechtsanwälte über aktuelle europäische Entwicklungen und Gesetzesinitiativen. Sie hat in Graz Rechtswissenschaften studiert und vor ihrer Tätigkeit für den ÖRAK sowohl im Europäischen Parlament als auch in einer Rechtsanwaltskanzlei in Wien gearbeitet.

Dr. **Thomas Strohmaier**, vormals Rechtsanwalt, ist seit über 15 Jahren durchgängig im Bereich Datenschutz tätig. Er war über 11 Jahre Mitarbeiter in der Konzernrechtsabteilung und Datenschutzbeauftragter der Österreichischen Post AG und ist derzeit als Datenschutzbeauftragter bei der Austrian Airlines AG beschäftigt. Weiters ist er Verfasser diverser datenschutzrechtlicher Gutachten und Fachbeiträge, zuletzt unter anderem in *Knyrim* (Hrsg), Praxishandbuch Datenschutz-Grundverordnung. Als ehemals zertifizierter Experte für das Europäische Datenschutz-Gütesiegel EuroPriSe konnte er bereits zur erfolgreichen Zertifizierung eines österreichischen Unternehmens beitragen. Dr. Strohmaier hat in Wien und Oslo studiert, und dort am Norwegian Research Centre for Computers & Law (NRCCL) im Rahmen seines Doktorats über Personalinformationssysteme und Mitbestimmung geforscht.

Dr. **Gerald Trieb**, LL.M., ist Rechtsanwalt, Gründer und Partner von Knyrim Trieb Rechtsanwälte. Dr. Trieb berät seit zehn Jahren laufend in- und ausländische Unternehmen sowie öffentliche Einrichtungen zu allen Fragen des Datenschutzrechts. Er publiziert regelmäßig in Fachzeitschriften und hält Vorträge bei Seminaren und Konferenzen zu aktuellen Themen des Datenschutzrechts. Dr. Trieb ist zertifizierter Experte für das Europäische Datenschutz-Gütesiegel „EuroPriSe“ und von der IAPP geprüfter Certified Information Privacy Professional und Certified Information Privacy Technologist. Seine juristische Ausbildung hat er an der Universität Wien, der University of San Diego, California und in einer renommierten Wiener Wirtschaftskanzlei absolviert.

Ing. Dr. **Christof Tschohl** ist wissenschaftlicher Leiter und Gesellschafter des Forschungs- und Beratungsunternehmens Research Institute – Digital Human Rights Center. Er hat nach der HTL für Nachrichtentechnik und einigen Jahren technischer Berufspraxis Rechtswissenschaften an der Universität Wien studiert und zum Themenkreis Datenschutz, IT-Sicherheit, Telekommunikation, Strafrecht und „Privacy by Design“ promoviert. Nach fünf Jahren am

Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte und einer Post-doc-Stelle an der Universität Wien beschrift er 2012 den Weg in die Selbständigkeit. Er ist Vorstandsmitglied der Datenschutz-NGO „noyb“, Vorstandsmitglied der Österreichischen Computergesellschaft (OCG) und Co-Leiter des OCG Forum Privacy sowie Mitglied der Fachgruppe Grundrechte der österreichischen Richtervereinigung.

Dr. **Verena Wlk-Rosenstingl** ist Juristin und war seit erfolgreicher Ablegung der Rechtsanwaltsprüfung im Jahr 2009 unter anderem als Datenschutzbeauftragte bei der HDI Versicherung AG, Ermittlerin und Verfahrensjuristin bei der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), Juristin im Team der Kanzlei Knyrim Trieb Rechtsanwälte sowie Referentin für die Wirtschaftskammer Niederösterreich tätig.

Mag. **Veronika Wolfbauer**, LL.M., ist Rechtsanwältin bei der Schönherr Rechtsanwälte GmbH. Sie ist im Datenschutzrecht, IT- und Telekommunikationsrecht, Glücksspielrecht sowie im Apothekenrecht spezialisiert. Einen besonderen Tätigkeitsschwerpunkt bildet die datenschutzrechtliche Beratung internationaler Konzerne bei der Implementierung neuer digitaler Lösungen samt zugehöriger Vertretung in Verfahren vor Behörden und Gerichten. Veronika Wolfbauer verfügt über breite Erfahrung im allgemeinen öffentlichen Verwaltungs- und Verfassungsrecht. Sie studierte an der Universität Wien sowie an der Faculteit der Rechtsgeleerdheid an der Universiteit Leiden (Erasmus) in den Niederlanden und konnte ihre Erfahrungen in bekannten nationalen Rechtsanwaltskanzleien sowie als Legal Counsel bei einer Handelsplattform für Erdgas sammeln.

Mag. **Katja Wyrobek**, CEPE/L, ist als Juristin und Senior Consultant bei der Secur-Data Betriebsberatungs-GmbH im Bereich des Datenschutz und Compliance tätig. Daneben hält sie zu den Themen Datenschutz- und IT-Recht regelmäßig Seminare und Vorträge. Ihre Expertise konnte sie sowohl während ihrer Tätigkeit in international tätigen Großkanzleien sammeln als auch bei der federführenden Implementierung der Datenschutzgrundverordnung in einem der österreichischen Bundesmuseen.

Dr. **Andreas Zavadil**, CIPP/E, CIPM, CIPT ist seit 2017 Referent bei der Datenschutzbehörde. Er ist zuständig für nationale und internationale Beschwerdeverfahren sowie Verfahren betreffend Akkreditierungen, Zertifizierungen und Verhaltensregeln. Darüber hinaus hält er laufend Vorträge und publiziert zum Thema Datenschutzrecht.

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

<i>René Bogendorfer:</i>	Art 28–31
<i>Markus Brandner:</i>	Art 91 (gemeinsam mit <i>Krömer</i>)
<i>Lorenz Dopplinger:</i>	Art 61–76
<i>Peter Andreas Eschig:</i>	Anh I (gemeinsam mit <i>Pircher-Eschig</i>)
<i>Natalie Fercher:</i>	Nachbem Entstehungsgeschichte DSGVO (gemeinsam mit <i>Riedl</i>)
<i>Wolfgang Goricnik:</i>	Art 88
<i>Viktoria Haidinger:</i>	Vor Kap III (gemeinsam mit <i>Illibauer</i>); Art 15–23; Anh II
<i>Gregor Heißl:</i>	Art 2
<i>Elisabeth Hödl:</i>	Art 4
<i>Bernhard Horn:</i>	Art 26 (fortgesetzt von <i>Wyrobek</i>)
<i>Walter Hötzendorfer:</i>	Art 5, 6, 9, 10 (gemeinsam mit <i>Kastelitz/Tschohl</i>); Art 11; Art 24, 25 (gemeinsam mit <i>Kastelitz/Tschohl</i>)
<i>Ursula Illibauer:</i>	Vor Kap III (gemeinsam mit <i>Haidinger</i>); Art 12–14, 83, 84
<i>Markus Kastelitz:</i>	Art 5, 6 (gemeinsam mit <i>Hötzendorfer/Tschohl</i>); Art 7, 8; Art 9, 10, 24, 25 (gemeinsam mit <i>Hötzendorfer/Tschohl</i>)
<i>Rainer Knyrim:</i>	Vorbem Historische Entwicklung DSG; Art 44–50
<i>Gregor König:</i>	Art 33, 34 (gemeinsam mit <i>Schaupp</i>); Art 37–39
<i>Marija Križanac:</i>	Art 27, 94–99
<i>Peter Krömer:</i>	Art 91 (gemeinsam mit <i>Brandner</i>)
<i>Konrad Lachmayer:</i>	Art 1; §§ 31–34, 36–45 DSG
<i>Günther Leissler:</i>	Art 3, 60 (gemeinsam mit <i>Wolfbauer</i>)
<i>Petra Leupold:</i>	Art 79, 80 (gemeinsam mit <i>Schrems</i>)
<i>Michael Löffler:</i>	Art 89
<i>Erika Pircher-Eschig:</i>	Anh I (gemeinsam mit <i>Eschig</i>)
<i>Johannes Öhlböck:</i>	Art 85–87
<i>Hans-Jürgen Pollirer:</i>	Art 32, 90; Anh III
<i>Eckhard Riedl:</i>	Nachbem Entstehungsgeschichte DSGVO (gemeinsam mit <i>Fercher</i>)
<i>Andreas Schaupp:</i>	Art 33, 34 (gemeinsam mit <i>König</i>)
<i>Maximilian Schrems:</i>	Art 79, 80 (gemeinsam mit <i>Leupold</i>)
<i>Thomas Schweiger:</i>	Art 77, 81, 82
<i>Eva Souhrada-Kirchmayer:</i>	Art 78
<i>Katarin Steinbrecher:</i>	Art 92, 93
<i>Thomas Strohmaier:</i>	Art 40–43
<i>Gerald Trieb:</i>	Art 35, 36
<i>Christof Tschohl:</i>	Art 5, 6, 9, 10, 24, 25 (alle gemeinsam mit <i>Hötzendorfer/Kastelitz</i>)
<i>Verena Wlk-Rosenstingl:</i>	Vor Kap VI, Art 51–59 (fortgesetzt von <i>Zavadil</i>)
<i>Veronika Wolfbauer:</i>	Art 3, 60 (gemeinsam mit <i>Leissler</i>)
<i>Katja Wyrobek:</i>	Art 26 (auf Grundlage von <i>Horn</i>)
<i>Andreas Zavadil:</i>	Vor Kap VI, Art 51–59 (auf Grundlage von <i>Wlk-Rosenstingl</i>)

Abkürzungsverzeichnis

aA	=	anderer Ansicht
AB	=	Ausschussbericht
ABGB	=	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch JGS 946
abl	=	ablehnend
ABl	=	Amtsblatt
Abs	=	Absatz
ADR-RL	=	RL 2013/11/EU über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten, ABl L 2013/165, 63
AEUV	=	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl C 2012/326, 47
aF	=	alte Fassung
AG	=	a) Arbeitgeber b) Aktiengesellschaft
AGB	=	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHG	=	Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20
AK	=	Arbeiterkammer
AKG	=	Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl 1991/626
AktG	=	Aktiengesetz BGBl 1965/98
Alt	=	Alternative
AMG	=	Arzneimittelgesetz BGBl 1983/185
AMS	=	Arbeitsmarktservice
Amtsrev	=	Amtsrevision
AN	=	Arbeitnehmer
Anm	=	Anmerkung
ao	=	außerordentlich, -e
aoRev	=	außerordentliche Revision
APEC	=	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
ApokG	=	Apothekerkammergesetz 2001 BGBl I 2001/111
ArbVG	=	Arbeitsverfassungsgesetz BGBl 1974/22
ARD	=	Aktuelles Recht zum Dienstverhältnis (Zeitschrift)
Art	=	Artikel
Artikel-29-Datenschutzgruppe	=	Datenschutzgruppe gem Art 29 DS-RL
ÄrzteG	=	Ärztegesetz 1998 BGBl 1998/169
ASGG	=	Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz BGBl 1985/104
A-SIT	=	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria
ASKI	=	Auftragsverarbeiter-Standardvertragsklauseln
AsoK	=	Arbeits- und Sozialrechtskartei (Zeitschrift)
AstG	=	Alternative-Streitbeilegung-Gesetz BGBl I 2015/105
AstV	=	Ausschuss der Ständigen Vertreter
ASVG	=	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz BGBl 1955/189
ausf	=	ausführlich
AusG	=	Ausschreibungsgesetz 1989 BGBl 1989/85

Abkürzungsverzeichnis

Auskunfts- pflichtG	=	Auskunftspflichtgesetz BGBl 1987/287
AVG	=	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
AVRAG	=	Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz BGBl 1993/459
BaFin	=	(deutsche) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	=	(deutsches) Bundesarbeitsgericht
BAK	=	Bundesarbeitskammer
BAO	=	Bundesabgabenordnung BGBl 1961/194
BB	=	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BCR	=	Binding Corporate Rules
BCR-C	=	Binding Corporate Rules für Verantwortliche (Controller)
BCR-P	=	Binding Corporate Rules für Auftragsverarbeiter (Processors)
Bd	=	Band
BDG	=	Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 BGBl 1979/333
BDSG	=	(deutsches) Bundesdatenschutzgesetz idF vom 30. 6. 2017 BGBl I S 2097
BetrVG	=	(deutsches) Betriebsverfassungsgesetz BGBl I S 2518
Bf	=	Beschwerdeführer(in)
BG	=	a) Bundesgesetz b) Bezirksgericht
BGBI	=	Bundesgesetzblatt
BGH	=	(deutscher) Bundesgerichtshof
BGHS	=	Bezirksgericht für Handelssachen
Bgld DSG	=	Burgenländisches Datenschutzgesetz LGBl 2005/87
BiBuG	=	Bilanzbuchhaltungsgesetz 2014 BGBl I 2013/191
BildDokG	=	Bildungsdokumentationsgesetz BGBl I 2002/12
BK	=	Bundeskanzler
KA	=	Bundeskanzleramt
BlgNR	=	Beilage zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
BM	=	Bundesminister(in)
BMDW	=	Bundesministerin(-ium) für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
BMF	=	Bundesminister(ium) für Finanzen
BMG	=	Bundesministeriengesetz 1986 BGBl 1986/76
BMI	=	Bundesminister(ium) für Inneres
BMJ	=	Bundesminister(ium) für Justiz
bPK	=	bereichsspezifische Personenkennzeichen
BPräs	=	Bundespräsident
BR	=	a) Bundesrat b) Betriebsrat
BReg	=	Bundesregierung
BRF	=	Betriebsratsfonds
BSI	=	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
bspw	=	beispielsweise
BstatG 2000	=	Bundesstatistikgesetz BGBl I 1999/163
BStFG	=	Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz 2015 BGBl I 2015/160
BundesarchivG	=	Bundesarchivgesetz BGBl I 1999/162
BV	=	Betriebsvereinbarung
BVerwG	=	(deutsches) Bundesverwaltungsgericht

(XVIII)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titlei II (3. Ausgabe)

BVG	=	Bundesverfassungsgesetz
B-VG	=	Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1 (Wv)
BvwAbgV	=	Bundesverwaltungsabgabenverordnung 1983 BGBl 1983/24
BVwG	=	Bundesverwaltungsgericht
BVwGG	=	Bundesverwaltungsgerichtsgesetz BGBl I 2013/10
BWB	=	Bundeswettbewerbsbehörde
BWG	=	Bankwesengesetz BGBl 1993/532
BYOD	=	Bring your own device
bzw	=	beziehungsweise
ca	=	cirka (ungefähr)
CIC	=	codex iuris canonici
COPPA	=	(US) Children's Online Privacy Protection Act
CR	=	Computer und Recht (Zeitschrift)
Cri	=	Computer Law review international (Zeitschrift)
Dako	=	Datenschutz konkret (Zeitschrift)
DdoS	=	Distributed-Denial-of-Service
DMSG	=	Denkmalschutzgesetz BGBl 1923/533
DrdA	=	Das Recht der Arbeit (Zeitschrift)
DrdA-infas	=	Aktuelle Informationen aus dem Arbeits- und Sozialrecht (Zeitschrift)
ds	=	das sind
DSB	=	Datenschutzbehörde
DSBA	=	Datenschutzbeauftragter
DS-DRG 2018	=	Datenschutz-Deregulierungsgesetz 2018 BGBl I 2018/24
DSFA	=	Datenschutz-Folgenabschätzung
DSFA-AV	=	V der Datenschutzbehörde über die Ausnahmen von der Datenschutz-Folgenabschätzung BGBl II 2018/108
DSFA-V	=	V der Datenschutzbehörde über Verarbeitungsvorgänge, für die eine Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen ist BGBl II 2018/278
DSG	=	Datenschutzgesetz BGBl I 1999/165 idF ab dem Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 BGBl I 2017/120, in Kraft ab 25. 5. 2018
DSG 1978	=	Datenschutzgesetz BGBl 1978/565
DSG 2000	=	Datenschutzgesetz 2000 BGBl I 1999/165 zuletzt idF BGBl I 2015/132, mit Ausnahme der §§ 1 bis 3 gültig bis 24. 5. 2018
DSG-Nov 2014	=	Nov zum DSG 2000 BGBl I 2013/83
DSGVO	=	VO (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der RL 95/46/EG, ABl L 2016/119, 1 idF der Berichtigungen ABl L 2016/314, 72 und ABl L 2018/127, 2 (ident mit der vorhergehenden Berichtigung) sowie ABl L 2021/74, 35
DS-GVO-E (KOM)	=	Entwurf der Kommission zur DSGVO vom 25. 1. 2012, KOM(2012) 11 endg
DSK	=	Datenschutzkommission
DSR	=	Datenschutzrat
DSRB-PJ	=	Rahmenbeschluss 2008/977/JI über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden, ABl L 2008/350, 60
DSRITB	=	Jährlicher Tagungsband der Deutschen Stiftung für Recht und Informatik

Abkürzungsverzeichnis

DS-RL	=	RL 95/46/EG zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl L 1995/281, 31
DSRL-PJ	=	RL (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates, ABl L 2016/119, 89 idFd Berichtigung ABl L 2021/74, 36
DuD	=	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
dUKlaG	=	(deutsches) Unterlassungsklagengesetz BGBl I S 3422, 4346
dUrhG	=	(deutsches) Urheberrechtsgesetz BGBl I S 1273
DVR	=	Datenverarbeitungsregister
DVRV 2012	=	Datenverarbeitungsregister-Verordnung 2012 BGBl II 2012/257 (aufgehoben durch BGBl I 2017/120)
E	=	Entscheidung(en)
ECG	=	E-Commerce-Gesetz BGBl I 2001/152
ecolex	=	Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EC-RL	=	RL 2000/31/EG über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („RL über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABl L 2000/178, 1
EDSA	=	Europäischer Datenschutzausschuss
EDSB	=	Europäischer Datenschutzbeauftragter
EDV	=	Elektronische Datenverarbeitung
EF-Z	=	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht
EG	=	Europäische Gemeinschaft(en)
EGMR	=	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
E-Gov-BerAbgrV	=	E-Government-Bereichsabgrenzungsverordnung BGBl II 2004/289
E-GovG	=	E-Government-Gesetz BGBl I 2004/10
EGZPO	=	Zivilprozessordnung – Einführungsgesetz RGBl 1895/112
eIDAS-VO	=	VO (EU) 910/2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt, ABl L 2014/247, 73
EK	=	Kommission der Europäischen Union
EKHG	=	Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz BGBl 1959/48
ELAK	=	Elektronischer Akt
ElWOG 2010	=	Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 BGBl I 2010/110
EMRK	=	Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
endg	=	endgültig
ENISA	=	Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit
Entw DSFA-V	=	Entwurf für die DSFA-V http://wko.at/oe/Branchen/Industrie/Zusendungen/DSFA-V.pdf (abgefragt am 11. 3. 2019)
EO	=	Exekutionsordnung RGBl 1896/79
EP	=	Europäisches Parlament
ePrivacy-RL	=	Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation 2002/58/EG

(XX)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titlei II (3. Ausgabe)

ErläutAA 2018	=	Erläuterungen zum Abänderungsantrag zum Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018, AA-223 BlgNR 25. GP
ErläutAA 2018/1	=	Erläuterungen zum Abänderungsantrag zum Datenschutz-Deregulierungs-Gesetz 2018, AA-10 BlgNR 26. GP
ErläutAB	=	Erläuterungen zum Ausschussbericht zur Stammfassung DSG 2000, 2028 BlgNR 20. GP
ErläutAB 1978	=	Erläuterungen zum Ausschussbericht zur Stammfassung DSG 1978, 1024 BlgNR 14. GP
ErläutAB 2018	=	Erläuterungen zum Ausschussbericht zum Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018, 1761 BlgNR 25. GP
Erläut DSFA-AV	=	Erläuterungen zum Entwurf der DSFA-AV; www.dsb.gv.at/recht-entscheidungen/verordnungen-in-oesterreich.html (abgefragt am 11. 11. 2021)
Erläut DSFA-V	=	Erläuterungen zum Entwurf der DSFA-V; www.dsb.gv.at/recht-entscheidungen/verordnungen-in-oesterreich.html (abgefragt am 11. 11. 2021)
ErläutIA 2018/1	=	Erläuterungen zum Initiativantrag zum Datenschutz-Deregulierungs-Gesetz 2018, 189/A BlgNR 26. GP
ErläutRV 1975	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage zur Stammfassung DSG 1978, 72 BlgNR 14. GP
ErläutRV 2010	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage zur DSG-Nov 2010, 472 BlgNR 24. GP
ErläutRV 2018	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage zum Kompetenzentflechtungspaket 2018, 301 BlgNR 26. GP
ErläutRV DSG 2000	=	Erläuterungen zur Regierungsvorlage zur Stammfassung DSG 2000, 1613 BlgNR 20. GP
ErwGr	=	Erwägungsgrund
EU	=	Europäische Union
EuGH	=	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	=	VO (EG) 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2001/12, 1
EuGVVO II	=	VO (EU) 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 2003/338, 1
EuGVÜ	=	Europäischen Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen BGBl III 1998/209
EU-JZG	=	Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union BGBl I 2004/36
EU-PolKG	=	EU – Polizeikooperationsgesetz BGBl I 2009/132
EuR	=	Europarecht (Zeitschrift)
Europol-VO	=	VO (EU) 2016/794 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) [. . .], ABl L 2016/135, 53
EuroPriSe	=	European Privacy Seal
EUV	=	Vertrag über die Europäische Union, ABl C 1992/191, 1
EuZW	=	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	=	Einstweilige Verfügung

Abkürzungsverzeichnis

f	=	und der/die folgende
FAGG	=	Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz BGBl I 2014/33
FBG	=	Firmenbuchgesetz BGBl 1991/10
ff	=	und die folgenden
FinStrG	=	Finanzstrafgesetz BGBl 1958/129
FMA	=	Finanzmarktaufsicht
FMABG	=	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz BGBl I 2001/97
FM-GwG	=	Finanzmarkt-Geldwäschegesetz BGBl I 2016/118
FN	=	Fußnote
FOG	=	Forschungsorganisationsgesetz BGBl 1981/341
Fristen-VO	=	VO (EWG, EURATOM) 1182/71 des Rates vom 3. 6. 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABl L 1971/124, 1
FTP	=	File Transfer Protocol
G	=	Gesetz
GA	=	Generalanwalt
GBG	=	Allgemeines Grundbuchgesetz 1955 BGBl 1955/39
GEG	=	Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962
GehaltskassenG	=	Gehaltskassengesetz 2002 BGBl I 2001/154
gem	=	gemäß
gen	=	genannt (bei Vulgonamen)
GenG	=	Genossenschaftsgesetz RGBl 1873/70
GeoDIG	=	Geodateninfrastrukturgesetz BGBl I 2010/14
GesbR	=	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesR	=	GesundheitsRecht (Zeitschrift)
GesRZ	=	Der Gesellschafter, Zeitschrift für Gesellschafts- und Unternehmensrecht
GewO	=	Gewerbeordnung 1994 BGBl 1994/194 (Wv)
GH	=	Gerichtshof
GmbH	=	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	=	GmbH-Gesetz RGBl 1906/58
GO	=	Geschäftsordnung
GO-EDSA	=	Geschäftsordnung des EDSA (Version 2; Stand 23. 11. 2018) https://edpb.europa.eu/our-work-tools/our-documents/rules-procedure/old-rules-procedure_en (abgefragt am 22. 12. 2021)
GOG	=	Gerichtsorganisationsgesetz RGBl 1896/217
GP	=	Gesetzgebungsperiode
GPR	=	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRAU	=	GRAUZONEN – Unternehmen im Recht (Zeitschrift)
GRC	=	Charta der Grundrechte der Europäischen Union ABl C 2010/83, 389
grds	=	grundsätzlich
GTelG 2012	=	Gesundheitstelematikgesetz 2012 BGBl I 2012/111
GTelV 2013	=	Gesundheitstelematikverordnung 2013 BGBl II 2013/506
GTG	=	Gentechnikgesetz BGBl 1994/510
GUG	=	Grundbuchsumstellungsgesetz BGBl 1980/550
GuKG	=	Gesundheits- und Krankenpflegegesetz BGBl I 1997/108
GuP	=	Gesundheit und Pflege (Zeitschrift)
GZ	=	Geschäftszahl
GWG 2011	=	Gaswirtschaftsgesetz 2011 BGBl I 2011/107

(XXII)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titlei II (3. Ausgabe)

hA	=	herrschende Ansicht
HebammenG	=	Hebammengesetz BGBl 1994/310
HIKrG	=	Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz BGBl I 2015/135
HMD	=	Praxis der Wirtschaftsinformatik (Zeitschrift)
Hrsg	=	Herausgeber
HS	=	Halbsatz
iaR	=	in aller Regel
ICTL	=	Information & Communications Technology Law
idF	=	in der Fassung
idFd	=	in der Fassung der, des
idgF	=	in der geltenden Fassung
IDPL	=	International Data Privacy Law
idR	=	in der Regel
idS	=	in diesem Sinn
IDVK	=	Internationaler Datenverkehr
idZ	=	in diesem Zusammenhang
ieS	=	im engeren Sinn
IKT	=	Informations- und Kommunikationstechnologie
insb	=	insbesondere
InTeR	=	Zeitschrift zum Innovations- und Technikrecht
IoT	=	Internet of Things
ipCompetence	=	Themenjournal für geistiges Eigentum
IPRax	=	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IPRG	=	IPR-Gesetz BGBl 1978/304
ISB	=	Informatiksteuerungsorgan des Bundes (Schweiz)
iSd	=	im Sinne des, – der
iSe	=	im Sinne einer/-s
ISMS	=	Informationssicherheitsmanagement-System
ITRB	=	Der IT-Rechts-Berater (Zeitschrift)
iVm	=	in Verbindung mit
iW	=	im Wesentlichen
IWG	=	Informationsweiterverwendungsgesetz BGBl I 2005/135
iZm	=	in Zusammenhang mit
JN	=	Jurisdiktionsnorm RGBI 1895/111
jusIT	=	Zeitschrift für IT-Recht, Rechtsinformation und Datenschutz
JZ	=	(deutsche) JuristenZeitung
KAKuG	=	Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz BGBl 1957/1 (Legalabkürzung BGBl I 2002/65)
Kap	=	Kapitel
KFG	=	Kraftfahrgesetz 1967 BGBl 1967/267
KG	=	Kommanditgesellschaft
KMG	=	Kapitalmarktgesetz BGBl 1991/625
KOG	=	KommAustria-Gesetz BGBl I 2001/32
KollV	=	Kollektivvertrag, -verträge

Abkürzungsverzeichnis

Kompetenz- flechtungspaket 2018	=	Novelle ua des B-VG und des DSG BGBl I 2019/14
KontRegG	=	Kontenregister- und Konteneinschaugesetz BGBl I 2015/116
K&R	=	Kommunikation und Recht (Zeitschrift)
krit	=	kritisch
KSchG	=	Konsumentenschutzgesetz BGBl 1979/140
LAG	=	(deutsches) Landesarbeitsgericht
leg cit	=	legis citatae
LG	=	a) Landesgesetz b) Landesgericht
LGBl	=	Landesgesetzblatt
lit	=	litera (Buchstabe)
Lit	=	Literatur
LPD	=	Landespolizeidirektion
LReg	=	Landesregierung
lt	=	laut
LVwG	=	Landesverwaltungsgericht
MABG	=	Medizinische Assistenzberufe-Gesetz BGBl I 2012/89
Mat	=	Materialien
MBG	=	Militärbefugnisgesetz BGBl I 2000/86
MDM	=	Mobile Device Management
mE	=	meines Erachtens
ME	=	Ministerialentwurf
MedienG	=	Mediengesetz BGBl 1981/314
MeldeG	=	Meldegesetz 1991 BGBl 1992/9
Mio	=	Million, -en
MMR	=	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MR	=	Medien und Recht (Zeitschrift)
MS	=	Mitgliedstaat(en)
NIS	=	Netz- und Informationssystem
NISG	=	Netz- und Informationssystemsystemsicherheitsgesetz BGBl I 2018/111
NIS-RL	=	RL (EU) 2016/1148 über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netz- und Informationssystemen in der Union, ABl L 2016/194, 1
NGO	=	non-governmental organization
NJW	=	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NLMR	=	Newsletter Menschenrechte (Zeitschrift)
NO	=	Notariatsordnung RGBI 1871/75
Nov	=	Novelle
Nr	=	Nummer
NRWO	=	Nationalrats-Wahlordnung 1992 BGBl 1992/471
NZS	=	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
oÄ	=	oder Ähnliche(s)
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

(XXIV)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titlei II (3. Ausgabe)

OESTA	=	Österreichisches Staatsarchiv
OG	=	Offene Gesellschaft
ÖGB	=	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OGH	=	Oberster Gerichtshof
OGHG	=	OGH-Gesetz BGBl 1968/328
OHG	=	offene Handelsgesellschaft; nunmehr: OG (offene Gesellschaft)
ÖJZ	=	Österreichische Juristen-Zeitung
OLG	=	Oberlandesgericht
oRev	=	ordentliche Revision
ORF-G	=	ORF-Gesetz BGBl 1984/379
OSZE	=	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG NRW	=	Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen
PAuswG	=	(deutsches) Personalausweisgesetz BGBl I S 1346
PET	=	Privacy Enhancing Technology
PHG	=	Produkthaftungsgesetz BGBl 1988/99
PinG	=	Privacy in Germany (Zeitschrift)
PJZS	=	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PSG	=	Privatstiftungsgesetz BGBl 1993/694
PSI-RL	=	RL 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, ABl L 2003/345, 90
PStG	=	Personenstandsgesetz 2013 BGBl I 2013/16
PStSG	=	Polizeiliches Staatsschutzgesetz BGBl I 2016/5
PsychologenG	=	Psychologengesetz 2013 BGBl I 2013/182
PthG	=	Psychotherapiegesetz BGBl 1990/361
RA	=	Rechtsanwalt
RAID	=	Redundant Array of Independent Disks
RAO	=	Rechtsanwaltsordnung RGBl 1898/96
RDV	=	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
RdW	=	Österreichisches Recht der Wirtschaft (Zeitschrift)
RGBl	=	Reichsgesetzblatt
RH	=	Rechnungshof
RHG	=	Rechnungshofgesetz 1948 BGBl 1948/144
RIS	=	Rechtsinformationssystem des Bundes
rk	=	rechtskräftig
RL	=	Richtlinie
Rn	=	Randnummer
Rom I-VO	=	VO (EG) 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl L 2008/177, 6
Rom II-VO	=	VO (EG) 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl L 2007/199, 40
Rs	=	Rechtssache
Rsp	=	Rechtsprechung
RStDG	=	Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz BGBl 1961/305
r + s	=	Recht und Schaden (Zeitschrift)
RV	=	Regierungsvorlage
Rz	=	Randzahl

Abkürzungsverzeichnis

S	=	a) Satz b) Seite
s	=	siehe
SA	=	a) Standardanwendung b) Schlussantrag/-anträge
SanitärerG	=	Sanitärergesetz BGBl I 2002/30
SDM	=	Standard-Datenschutzmodell
SKI	=	Standardvertragsklauseln
SMG	=	Suchtmittelgesetz BGBl I 1997/112
sog	=	sogenannt, -e, -er, -es
SPG	=	Sicherheitspolizeigesetz BGBl 1991/566
StAG	=	Staatsanwaltschaftsgesetz BGBl 1986/164
Stellungnahme	=	Stellungnahme des EDSA zum Entwurf der DSFA-V; https://edpb.europa.eu/our-work-tools/our-documents/opinion-board-art-64/opinion-12018-draft-list-competent-supervisory_de (abgefragt am 23. 6. 2021)
EDSA Entw		
DSFA-V		
StGB	=	Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
StGG	=	Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger RGBl 1867/142
StMV 2004	=	Standard- und Muster-Verordnung 2004 BGBl II 2004/312 (aufgehoben durch BGBl I 2017/120)
StPO	=	Strafprozessordnung 1975 BGBl 1975/631 (Wv)
StrafregisterG	=	Strafregistergesetz 1968 BGBl 1968/277
StVG	=	Strafvollzugsgesetz BGBl 1969/144
SVG	=	Signatur- und Vertrauensdienstegesetz BGBl I 2016/50
TilgungsG	=	Tilgungsgesetz 1972 BGBl 1972/68
TKG	=	Telekommunikationsgesetz 2003 BGBl I 2003/70
TLS	=	Transport Layer Security
TMG	=	(deutsches) Telemediengesetz BGBl I S 179
TOM	=	technische und organisatorische Maßnahmen
TVG	=	(deutsches) Tarifvertragsgesetz BGBl I S 1323
tw	=	teilweise
ua	=	unter anderem, -n
uÄ	=	und Ähnliche(s)
UAbs	=	Unterabsatz
udgl	=	und dergleichen
uE	=	unseres Erachtens
UGB	=	Unternehmensgesetzbuch dRGGl 1897, 219 (Legalabkürzung: BGBl I 2005/120)
UGP-RL	=	RL 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt und zur Änderung der RL 84/450/EWG, der RL 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG sowie der VO (EG) 2006/2004 (RL über unlautere Geschäftspraktiken), ABl L 2009/149, 22
UrhG	=	Urheberrechtsgesetz BGBl 1936/111
ÜStAkk-V	=	Überwachungsstellen-Akkreditierungs-Verordnung BGBl II 2019/264
usw	=	und so weiter

(XXVI)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titlei II (3. Ausgabe)

uU	=	unter Umständen
UWG	=	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 BGBl 1984/448
V	=	(österreichische) Verordnung
va	=	vor allem
VA	=	Volksanwaltschaft
VbR	=	Zeitschrift für Verbraucherrecht
verb Rs	=	verbundene Rechtssachen
Verf	=	Verfasser(in)
VerfO EuGH	=	Verfahrensordnung des EuGH, ABl L 2012/265, 1
VfGG	=	Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 BGBl 1953/85
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
VfSlg	=	Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des VfGH
vgl	=	vergleiche
VKI	=	Verein für Konsumenteninformation
VKS	=	Vergabekontrollsenat
VKrG	=	Verbraucherkreditgesetz BGBl I 2010/28
VO	=	(unionsrechtliche) Verordnung
VO (EU) 2018/ 1725	=	Verordnung (EU) 2018/1725 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) 45/2001 und des Beschlusses 1247/2002/EG, ABl L 2018/295, 39
VPN	=	Virtual Private Network
vs	=	versus
VStG	=	Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52 (Wv)
VuR	=	Verbraucher und Recht (Zeitschrift)
VVDStRL	=	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVG	=	Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 BGBl 1991/53
VwG	=	Verwaltungsgericht
VwGG	=	Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 BGBl 1985/10 (Wv)
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VwGVG	=	Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz BGBl I 2013/33
VwSlg	=	Erkenntnisse und Beschlüsse des VwGH
VZKG	=	Verbraucherzahlungskontogesetz BGBl I 2016/35
wbl	=	wirtschaftsrechtliche blätter (Zeitschrift)
WebDAV	=	Web-based Distributed Authoring and Versioning
WFDSAG 2018	=	Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 – Wissenschaft und Forschung BGBl I 2018/31
WKÖ	=	Wirtschaftskammer Österreich
WTBG	=	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 BGBl I 2017/137
Wv	=	Wiederverlautbarung
Z	=	Ziffer, Zahl
ZahnärzteG	=	Zahnärztegesetz BGBl I 2005/126
ZB (zB)	=	Zum Beispiel (zum Beispiel)
ZBR	=	Zentralbetriebsrat
ZD	=	(deutsche) Zeitschrift für Datenschutz

Abkürzungsverzeichnis

ZeStAkk-V	=	Zertifizierungsstellen-Akkreditierungs-Verordnung BGBl II 2011/79
ZEW	=	Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung
ZfV	=	Zeitschrift für Verwaltung
ZIR	=	Zeitschrift für Informationsrecht (bis 2/2015)
ZIIR	=	Zeitschrift für Informationsrecht (ab 3/2015)
ZivMediatG	=	Zivilrechts-Mediations-Gesetz BGBl I 2003/29
ZMR	=	Zentrales Melderegister
ZP EMRK	=	Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention
ZPO	=	Zivilprozessordnung RGBI 1895/113
ZRP	=	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZRS	=	Zivilrechtssachen
zT	=	zum Teil
zust	=	zustimmend
ZustG	=	Zustellgesetz BGBl 1982/200

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Im Folgenden wird die im ganzen Werk abgekürzt zitierte Standardliteratur wiedergegeben.

Bergauer/Jahnel, Das neue Datenschutzrecht – *Bergauer/Jahnel*, Das neue Datenschutzrecht, DSGVO und DSG (2018)

Bogendorfer, Datenschutz im Unternehmen – *Bogendorfer*, Datenschutz im Unternehmen (2011)

Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl, DSG [§] [Anm] bzw [Seite] – *Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl*, Datenschutzgesetz Kommentar (2018)

Dammann/Simitis, EG-Datenschutzrichtlinie [Art] [Rz] – *Dammann/Simitis*, Kommentar zur EG-Datenschutzrichtlinie (1997)

Dohr/Pollirer/Weiss/Knyrim, DSG² [§] [Anm] – *Dohr/Pollirer/Weiss/Knyrim*, DSG² (Loseblattausgabe inkl 21. Erg.-Lfg 2017 bzw online unter rdb.at)

Drobesch/Grosinger, DSG [§] [Anm] – *Drobesch/Grosinger*, Das neue österreichische Datenschutzgesetz (2000)

[Bearbeiter] in *Ehmann/Selmayr*, DS-GVO [Art] [Rz] – *Ehmann/Selmayr* (Hrsg), Datenschutz-Grundverordnung (2017)

[Bearbeiter] in *Ehmann/Selmayr*, DS-GVO² [Art] [Rz] – *Ehmann/Selmayr* (Hrsg), Datenschutz-Grundverordnung² (2018)

[Bearbeiter] in *Eßer/Kramer/von Lewinski*, Auernhammer DSGVO/BDSG⁵ [Art] [Rz] – *Eßer/Kramer/von Lewinski* (Hrsg), Auernhammer DSGVO/BDSG⁵ (2017)

[Bearbeiter] in *Eßer/Kramer/von Lewinski*, Auernhammer DSGVO/BDSG⁶ [Art] [Rz] – *Eßer/Kramer/von Lewinski* (Hrsg), Auernhammer DSGVO/BDSG⁶ (2018)

[Bearbeiter] in *Eßer/Kramer/von Lewinski*, Auernhammer DSGVO/BDSG⁷ [Art] [Rz] – *Eßer/Kramer/von Lewinski* (Hrsg), Auernhammer DSGVO/BDSG⁷ (2020)

Feiler/Forgó, EU-DSGVO [Art] [Rz] – *Feiler/Forgó*, EU-DSGVO (2017)

[Bearbeiter] in *Gantschacher/Jelinek/Schmidl/Spanberger*, DSGVO [Art] [Anm] – *Gantschacher/Jelinek/Schmidl/Spanberger*, Kommentar zur Datenschutz-Grundverordnung (2017)

Gerhalter, Internationale Datentransfers im Lichte der DSGVO und der DSRL-PJ (2021)

[Bearbeiter] in *Gierschmann/Schlender/Stentzel/Veil*, DS-GVO [Art] [Rz] – *Gierschmann/Schlender/Stentzel/Veil* (Hrsg), Datenschutz-Grundverordnung (2017)

[Bearbeiter] in *Gola*, DS-GVO [Art] [Rz] – *Gola* (Hrsg), DS-GVO (2017)

[Bearbeiter] in *Gola*, DS-GVO² [Art] [Rz] – *Gola* (Hrsg), DS-GVO² (2018)

Grabenwarter/Pabel, EMRK⁶ [§] [Rz] – *Grabenwarter/Pabel*, Europäische Menschenrechtskonvention⁶ (2016)

[Bearbeiter] in *Grabenwarter/Graf/Ritschl*, Neuerungen [Seite] – *Grabenwarter/Graf/Ritschl* (Hrsg), Neuerungen im europäischen Datenschutzrecht für Unternehmen (2017)

Härting, Datenschutz-Grundverordnung [Rz] – *Härting*, Datenschutz-Grundverordnung (2016)

Jahnel, Datenschutzrecht [Rz] – *Jahnel*, Datenschutzrecht (2010)

Jahnel, Datenschutzrecht – Update [Seite] – *Jahnel*, Datenschutzrecht – Update (2016)

[Bearbeiter] in *Jahnel*, DSGVO [Art] [Rz] – *Jahnel* (Hrsg), Kommentar zur DSGVO (2021)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titelei II (3. Ausgabe)

(XXIX)

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 12 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht und E-Government. Jahrbuch 12 (2012)
- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 15 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht. Jahrbuch 15 (2015)
- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 16 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht. Jahrbuch 16 (2016)
- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 17 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht. Jahrbuch 17 (2017)
- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 18 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht. Jahrbuch 18 (2018)
- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 19 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht. Jahrbuch 19 (2019)
- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 20 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht. Jahrbuch 20 (2020)
- [Bearbeiter] in *Jahnel*, Jahrbuch 21 [Seite] – *Jahnel* (Hrsg), Datenschutzrecht. Jahrbuch 21 (2021)
- Jahnel/Bergauer*, Teil-Komm DS-GVO [Art] [Rz] – *Jahnel/Bergauer*, Teil-Kommentar zur DS-GVO (2018)
- [Bearbeiter] in *Jelinek/Schmidl/Spanberger*, DSG [§] [Anm] – *Jelinek/Schmidl/Spanberger*, Kommentar zum Datenschutzgesetz (2018)
- Knyrim*, Datenschutzrecht³ – *Knyrim*, Praxishandbuch Datenschutzrecht³ (2015)
- [Bearbeiter] in *Knyrim*, Datenschutzrecht⁴ [Rz] – *Knyrim* (Hrsg), Praxishandbuch Datenschutzrecht⁴ (2020)
- [Bearbeiter] in *Knyrim*, Datenschutz-Grundverordnung [Seite] – *Knyrim* (Hrsg), Datenschutz-Grundverordnung (2016)
- [Bearbeiter] in *Kühling/Buchner*, DS-GVO [Art] [Rz] – *Kühling/Buchner* (Hrsg), DS-GVO (2017)
- [Bearbeiter] in *Kühling/Buchner*, DS-GVO/BDSG² [Art] [Rz] – *Kühling/Buchner* (Hrsg), DS-GVO/BDSG² (2018)
- [Bearbeiter] in *Kühling/Buchner*, DS-GVO/BDSG³ [Art] [Rz] – *Kühling/Buchner* (Hrsg), DS-GVO/BDSG³ (2020)
- Kunnert*, Datenschutz F&A [Seite] – *Kunnert*, Datenschutz in Fragen und Antworten (2019)
- [Bearbeiter] in *Paal/Pauly*, DS-GVO [Art] [Rz] – *Paal/Pauly* (Hrsg), DS-GVO (2017)
- [Bearbeiter] in *Paal/Pauly*, DS-GVO/BDSG² [Art] [Rz] – *Paal/Pauly* (Hrsg), DS-GVO/BDSG² (2018)
- [Bearbeiter] in *Paal/Pauly*, DS-GVO/BDSG³ [Art] [Rz] – *Paal/Pauly* (Hrsg), DS-GVO/BDSG³ (2021)
- [Bearbeiter] in *Plath*, BDSG/DSGVO² [Art] [Rz] – *Plath* (Hrsg), BDSG/DSGVO² (2016)
- [Bearbeiter] in *Plath*, DSGVO/BDSG³ [Art] [Rz] – *Plath* (Hrsg), DSGVO/BDSG³ (2018)
- Pollirer/Weiss/Knyrim*, DSG² [§] [Anm] – *Pollirer/Weiss/Knyrim*, DSG² (2014)
- Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG³ [§] [Anm] – *Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG³ (2017)
- Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG⁴ [§] [Anm] – *Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG⁴ (2019)
- Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSGVO [§] [Anm] – *Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSGVO (2017)
- Schaffland/Wiltfang*, DS-GVO/BDSG [§] [Rz] – *Schaffland/Wiltfang*, DS-GVO/BDSG (Datenschutzdigital, 11. Aktualisierung 2020)

(XXX)

Knyrim (Hrsg), Der DatKomm, Titelei II (3. Ausgabe)

- Schneider*, Datenschutz – *Schneider*, Datenschutz (2017)
[Bearbeiter] in *Simitis/Hornung/Spiecker*, Datenschutzrecht [Art] [Rz] – *Simitis/Hornung/Spiecker* (Hrsg), Datenschutzrecht (2019)
[Bearbeiter] in *Sydow*, Europäische Datenschutzgrundverordnung [Art] [Rz] – *Sydow*, Europäische Datenschutzgrundverordnung (2017)
[Bearbeiter] in *Sydow*, Europäische Datenschutzgrundverordnung² [Art] [Rz] – *Sydow*, Europäische Datenschutzgrundverordnung² (2018)
Thiele/Wagner, DSG [§] [Rz] – *Thiele/Wagner*, Praxiskommentar zum Datenschutzgesetz (2020)
[Bearbeiter] in *Wolff/Brink*, BeckOK Datenschutzrecht²⁴ [Art] [Rz] – *Wolff/Brink* (Hrsg), Beck'scher Onlinekommentar Datenschutzrecht²⁴ (Stand Mai 2020)
[Bearbeiter] in *Wybitul*, EU-Datenschutz-Grundverordnung [Art] [Rz] – *Wybitul* (Hrsg), EU-Datenschutzgrundverordnung (2017)

Vorbemerkung

Entwicklung des österreichischen DSG und aktuelle Rechtsentwicklung im Datenschutzrecht

I. Überblick: Vom DSG 1978 über das DSG 2000 zum DSG

Auch wenn man im Vorfeld der Einführung der DSGVO oft das Gefühl hatte, dass sich in Österreich viele Unternehmen und Bürger zum ersten Mal mit Datenschutzrecht befassten, darf nicht vergessen werden, dass Österreich eine der längsten Traditionen im Datenschutzrecht hat: Das im Oktober 1978 beschlossene und ab 1. 1. 1980 geltende **Datenschutzgesetz 1978** (DSG 1978)¹ war eines der ersten Datenschutzgesetze weltweit und enthielt bereits damals eine Urfassung der bis heute geltenden Verfassungsbestimmung des Grundrechts auf Datenschutz in § 1.²

Das **Datenschutzgesetz 2000** (DSG 2000)³ trat am 1. 1. 2000 in Kraft und beinhaltete die Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie (DS-RL);⁴ es wurde in der Folge mehrfach novelliert. In den ersten zehn Jahren des Bestehens des DSG 2000 erfolgten allerdings keine tiefgreifenden Änderungen, sondern es fanden nur punktuelle Änderungen statt.⁵

Im Jahr 2008 wurde ein Ministerialentwurf einer **DSG-Novelle 2008** zur Begutachtung versandt,⁶ der umfassende Neuerungen und Änderungen vorsah, wie zB bereits damals die Ausnahme der juristischen Person vom DSG, die verpflichtende Einführung eines betrieblichen DSBA sowie eine ausdrückliche Regelung der Videoüberwachung. Das Begutachtungsverfahren wurde durch Neuwahlen im Herbst 2009 unterbrochen, der Entwurf nie beschlossen.

Die neue Regierung nahm mit einem neuen Ministerialentwurf⁷ einen neuen Anlauf, der in die sog „**DSG-Novelle 2010**“⁸ mündete. In diesem Entwurf wurde die **Einschränkung des Grundrechtsschutzes auf natürliche Personen** aus dem Entwurf aus 2008 wieder fallengelassen⁹. Ebenso wieder fallengelassen wurde die **Idee des verpflichtenden betrieblichen DSBA** aus dem Entwurf 2008, der Österreich damit – in spezifischer Form – erst durch die DSGVO erreichte. Aufgrund einer fehlenden Zweidrittelmehrheit im Parlament konnte die damals schon vorgesehene Streichung der Landeskompetenz im Datenschutzrecht für die Verwendung manueller Daten in Landesmaterien nicht umgesetzt werden.¹⁰ In der DSG-No-

1 BGBl 1978/565.

2 Das Menschenrecht auf Datenschutz erhielt seine derzeitige Ausformulierung weitgehend im Zuge der Beschlussfassung des DSG 2000, s dazu *Gamper in Jelinek/Schmidl/Spanberger*, DSG § 1 Anm 1.

3 BGBl I 1999/165.

4 RL 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr vom 24. 10. 1995, ABl L 1995/281, 31.

5 Siehe BGBl 2001/136, I 2005/13 und I 2008/2.

6 182/ME 23. GP.

7 62/ME 24. GP.

8 BGBl I 2009/133.

9 Siehe das Vorwort in *Pollirer/Weiss/Knyrim*, DSG (2010) V.

10 Siehe näher dazu in *Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl*, DSG 33 Rz 4.

velle 2010 umgesetzt wurden hingegen – in einem eigenen Kapitel – Bestimmungen zur **Videoüberwachung**, die im nunmehrigen DSG als Regelungen zur Bilddatenverarbeitung – inhaltlich adaptiert – fortgeführt wurden.

- 5 Ein wesentlicher Kernpunkt der DSG-Novelle 2010 war die Einführung des **DVR-Online**, das nach jahrelanger technischer Entwicklung schließlich ab Herbst 2012¹¹ die elektronische Einbringung von DVR-Meldungen ermöglichte und verpflichtend machte. Ein weiterer Kernpunkt war die erstmalige Einführung einer **Meldepflicht an die Betroffenen bei Datenmissbrauch**.¹² Österreich war damit nach Deutschland das zweite Land in Europa, das – noch lange vor der DSGVO – eine aus dem amerikanischen Rechtsraum kommende „Data Breach Notification Duty“ kannte, allerdings in eingeschränkter Form, da eine Meldepflicht an die DSB noch nicht bestand. Auch die Position der damaligen DSK wurde mit dieser Novelle gestärkt.
- 6 Im Sommer 2012 war eine weitere Novelle des Datenschutzgesetzes geplant, mit der Regelungen zu einem **freiwilligen betrieblichen DSBA** hätten eingeführt werden sollen, diese DSG-Novelle 2012 wurde aber nicht **beschlossen**.
- 7 Mit Urteil vom 16. 10. 2012 wurde Österreich vom EuGH wegen der mangelnden Unabhängigkeit der DSK verurteilt,¹³ das Urteil wurde mit der **DSG-Novelle 2013**¹⁴ umgesetzt, mit der die damalige DSK als selbständige Dienstbehörde und Personalstelle eingerichtet wurde und das Unterrichtsrecht des Bundeskanzlers eingeschränkt wurde. Diese Regelungen wurden – inhaltlich adaptiert – in das aktuelle DSG übernommen.
- 8 Sehr umfangreiche formelle Änderungen brachte die **DSG-Novelle 2014** mit sich, mit der die ehemalige DSK in die DSB umgewandelt wurde und die Datenschutzverfahren an die Systematik der neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit angepasst wurden, insb im Instanzenzug, der seit 1. 1. 2014 an das BVwG geht. Auch dies findet sich im aktuellen DSG abgebildet.
- 9 Da sich nach 2014 die DSGVO abzeichnete, erfolgte bis zur Durchführung der DSGVO und der Umsetzung der DSRL-PJ in der österr Rechtsordnung (s Rz 10ff) keine Novellierung des DSG 2000 mehr, lediglich der VfGH hob im Jahr 2015 § 28 Abs 2 DSG 2000 wegen **Verfassungswidrigkeit** auf.¹⁵ Insgesamt wurde das DSG 2000 zwischen 2000 und 2015 zehn Mal geändert, wobei die Änderungen ab 2008 im Schnitt jährlich stattfanden. Das Datenschutzrecht hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte somit von einer sehr statischen zu einer sehr dynamischen Rechtsmaterie entwickelte. Der „Hype“, der vor allem in den Medien um den 25. 5. 2018 stattfand, und die schiere „Massenpanik“, die dadurch in der österreichischen Wirtschaft erzeugt wurde, übertraf allerdings die Vorstellungskraft vieler, die sich in den Jahren davor schon mit der Materie befasst hatten.

II. Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018

- 10 Österreichs SPÖ/ÖVP-Koalitionsregierung plante, ein vollkommen neues Datenschutzgesetz zu schaffen. Mit der am 7. 6. 2017 eingelangten **Regierungsvorlage**¹⁶ für ein **Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018** sollten die **Verfassung geändert** und die **Kompetenz in Daten-**

11 Nach einer zeitlichen Verschiebung aufgrund technischer Probleme.

12 § 24 Abs 2a DSG 2000.

13 EuGH 16. 10. 2012, C-614/10.

14 BGBl I 2013/57.

15 Kundgemacht in BGBl I 2015/132.

16 RV für ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert, das Datenschutzgesetz erlassen und das Datenschutzgesetz 2000 aufgehoben wird (Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018) 1664 dB StenProt 25. GP.

schutzangelegenheiten ganz dem Bund zugeteilt werden, um die Landesdatenschutzgesetze endlich außer Kraft setzen zu können. Weiters sollten die Verfassungsbestimmungen in §§ 1–3 DSG 2000 aufgehoben werden und in § 1 des neuen Datenschutzgesetzes eine **neue Verfassungsbestimmung** für ein Grundrecht auf Datenschutzrecht geschaffen werden, das auf natürliche Personen eingeschränkt sein sollte. Das neue Datenschutzgesetz sollte das bisherige DSG 2000 vollständig ersetzen. Der RV war im Mai 2017 ein Ministerialentwurf des Bundeskanzleramtes¹⁷ vorausgegangen, zu dem nicht weniger als 113 Stellungnahmen im Parlament einlangten.¹⁸

Das am 31. 7. 2017 als BGBl I 2017/120 publizierte „Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018“, das damit das zweite DSGVO-„Durchführungsgesetz“ in der EU nach jenem in Deutschland war, beinhaltete dann allerdings **nur eine sehr umfangreiche Novelle** des bisherigen DSG 2000, das dennoch in „DSG“ umbenannt wurde, und begann mit § 4. Die §§ 1–3 sowie mehrere weitere Verfassungsbestimmungen des DSG 2000 konnten aufgrund der im Parlament voraussichtlich nicht erzielbaren Zweidrittelmehrheit, die für deren Änderung erforderlich gewesen wäre, **nicht aktualisiert werden**, daher wurde der Entwurf im Verfassungsausschuss auf die einfachgesetzlichen Bestimmungen reduziert.¹⁹ Damit scheiterte die Einschränkung des Grundrechts auf Datenschutz auf natürliche Personen zum zweiten Mal seit 2010.

Das „neue“ DSG, das in der beschlossenen Form am 25. 5. 2018 in Kraft treten sollte, hat daher eine etwas **ungewöhnliche Struktur**: Es ist gleichzeitig das **Durchführungsgesetz für die Datenschutz-Grundverordnung** als auch das **Umsetzungsgesetz für die „Datenschutzrichtlinie Polizei und Justiz“**,²⁰ kurz DSRL-PJ, also zweier unterschiedlicher EU-Rechtsaktsformen in einem nationalen Gesetz. Diese unterschiedlichen Bestimmungen mussten überdies zwischen den **verbliebenen Verfassungsbestimmungen** der §§ 1–3 sowie § 35 Abs 2, § 60 Abs 8 und § 61 Abs 4 des alten DSG 2000 hineingepresst werden – eine beachtliche legistische Leistung. Die Durchführung der DSGVO erfolgt im 1., 2., teilweise 4. Hauptstück, die Umsetzung der DSRL-PJ im 4. Abschnitt des 2. Hauptstücks und im 3. Hauptstück.²¹

In das neue DSG wurden **zahlreiche Bestimmungen des DSG 2000** in sehr ähnlicher oder zumindest adaptierter Form **übernommen**, etwa das **Datengeheimnis** in § 6, die Bestimmungen zu **wissenschaftlicher Forschung und Statistik** in § 7 oder die in der DSGVO nicht angesprochene **Bildverarbeitung** (§§ 12 und 13). Sowohl der **Datenschutzrat** als auch die **Datenschutzbehörde** werden im neuen Gesetz wieder umfangreich geregelt, allerdings sind die zugehörigen Bestimmungen auf mehrere Abschnitte (Abschnitte 1–5 des 2. Hauptstücks) verteilt. Auch der Sanktionsapparat ist auf den 3. Abschnitt des 2. Hauptstücks und das 4. Hauptstück verteilt, das zusätzlich zur DSGVO **eigene Verwaltungsstrafbestimmungen** vorsieht und auch wieder den **gerichtlichen Straftatbestand der Datenverarbeitung in Gewinn- und Schädigungsabsicht** des bisherigen Gesetzes beinhaltet.²²

Neu im Datenschutz-Anpassungsgesetz war eine Bestimmung zur Verarbeitung personenbezogener **Daten im Beschäftigungskontext** in § 11, die das **Arbeitsverfassungsgesetz** zur Vorchrift iSd Öffnungsklausel des Art 88 DSGVO machen sollte. Diese wurde jedoch in der

17 322/ME 25. GP.

18 Siehe zu diesem *Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl*, DSG 33f.

19 Siehe dazu näher *Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl*, DSG 35.

20 RL 2016/680 vom 27. April 2016 „zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zweck der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates“, ABl L 2016/119, 89.

21 Siehe dazu auch das Vorwort in *Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG³ V.

22 Siehe dazu auch das Vorwort in *Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG³ V.

Folge durch eine Bestimmung des DS-DRG 2018 einfach mit einem anderen Inhalt „**überschrieben**“ (s dazu Rz 21).

- 15 Die **Übergangs- und Inkrafttretensbestimmungen** des Datenschutz-Anpassungsgesetzes 2018 brachten im formellen Datenschutzrecht eine umfangreiche Entbürokratisierung mit sich: Das **DVR** wurde vollständig **abgeschafft** und die **Genehmigungsverfahren** für den **internationalen Datenverkehr** sind ebenfalls **entfallen**, wenn sie auf Standarddatenschutzklauseln basieren. Weiters wurde aufgrund eines Abänderungsantrages von Abgeordneten in zweiter Lesung im NR eine Übergangsregelung in § 69 Abs 9 DSG aufgenommen, die die Weitergeltung von Zustimmungen regelt.²³
- 16 Mit dem Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 wurden auch sämtliche **bisherigen Verordnungen** zum DSG 2000 per Ablauf des 24. 5. 2018 **aufgehoben**, nämlich die **Standard- und Musterverordnung** (StMV 2004),²⁴ die **Datenverarbeitungsregister-Verordnung** 2012 (DVRV 2012)²⁵ und die **Datenschutzangemessenheits-Verordnung** (DSAV).²⁶

III. Datenschutz-Deregulierungs-Gesetz 2018

- 17 Das Datenschutz-Anpassungsgesetz sollte mit 25. 5. 2018 das neue DSG in Kraft setzen, doch knapp davor wurde ein in der Öffentlichkeit viel beachtetes **Datenschutz-Deregulierungs-Gesetz 2018** im Parlament beschlossen, mit dem Erleichterungen im Datenschutzrecht insb für die österreichische Wirtschaft geschaffen werden sollten.
- 18 Das DS-DRG 2018 beruht auf einem **Initiativantrag**²⁷ einiger Abgeordneter, ua Eva-Maria Himmelbauer (ÖVP), Peter Wittmann (SPÖ) und Werner Herbert (FPÖ). Dieser Antrag beinhaltete einen erneuten Anlauf, die verfassungsrechtliche Kompetenz im Datenschutzrecht ausschließlich dem Bundesgesetzgeber zu übertragen und einen weiteren Versuch, das Grundrecht auf Datenschutzrecht in § 1 auf natürliche Personen einzuschränken. Weiters sollten das Auskunftsrecht der DSGVO eingeschränkt und die Regelung zum ArbVG in § 11 umformuliert werden sowie einige weitere Details präzisiert werden.
- 19 Auch dieser Entwurf scheiterte an der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zur Änderung der Verfassungsbestimmungen,²⁸ womit der dritte Anlauf zur **Änderung der Verfassungsbestimmungen** im Datenschutzrecht innerhalb von 10 Jahren **erfolglos** verlief.
- 20 In der Folge wurde ein **Abänderungsantrag**²⁹ von ÖVP und FPÖ eingebracht, der die Verfassungsänderungen nicht mehr umfasste, gleichzeitig aber inhaltlich umfangreiche **Änderungen** zum ursprünglichen Antrag enthielt. Der Antrag wurde am 20. 4. 2018 im Parlament in Dritter Lesung mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossen.
- 21 Die inhaltlichen **Änderungen** knapp ein Monat vor Inkrafttreten des DSG kamen **teils sehr unerwartet**. So enthält nun § 4 Abs 1 DSG eine **einfachgesetzliche Bestimmung**, laut der das **DSG nur für natürliche Personen gilt**. Es wurde somit, nachdem die Verfassungsbestimmung in § 1 zum wiederholten Mal nicht geändert werden konnte, die Geltung des DSG

23 Siehe *Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl*, DSG 36f.

24 BGBl II 2004/312.

25 BGBl II 2012/257.

26 BGBl II 1999/521.

27 IA 189/A 26 GP.

28 Laut *Goricnik*, Wirkt sich die aktuelle gesetzgeberische Datenschutz-Deregulierung auf das Betriebsverfassungsrecht aus? DRdA-infas 201, 187, weil die SPÖ dem gesamten Vorhaben nicht mehr zustimmte, insb weil sie sich mit ihrer Forderung nach einem (mandatsunabhängigen) Verbandsklagerecht im Datenschutzrecht nicht durchsetzen konnte.

29 AA-10 26. GP, s dazu *Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl*, DSG 46.

auf einfachgesetzlicher Ebene eingeschränkt. Besonderes Aufsehen in den Medien hat ein völlig neu getexteter § 11 DSG erregt, der die Datenschutzbehörde verpflichten sollte, insb bei erstmaligen Verstößen zu **verwarnen anstatt zu strafen**. Dazu wurde von einem „Schwarzen Tag für den österreichischen Datenschutz“,³⁰ von einem „Weichspülen“ der EU-Regeln,³¹ der „österreichischen Lösung beim Datenschutz“ gesprochen,³² von einem Sieg der Partei über die Sachpolitik,³³ selbst in Deutschland wurde berichtet, dass Österreich dem neuen Datenschutz „die Zähne zieht“.³⁴ Interessant war dabei, dass im Sturm der Entrüstung über das „Verwarnen statt Strafen“ in § 11 keinerlei Stimmen in den Medien zu hören waren, denen aufgefallen war, dass diese Bestimmung die Regelung zum Arbeitnehmer-Datenschutzrecht ersatzlos „überschrieben“ hatte.³⁵

Es ist zu vermuten, dass sowohl die Einschränkung der Geltung des DSG auf natürliche Personen durch einfachgesetzliche Regelung als auch die Vorgabe zum Verwarnen statt Strafen an die DSB sowie weitere Regelungen des DSG in Zukunft auf den **rechtlichen Prüfstand gestellt** werden.³⁶ Hinsichtlich der Regelungen zur Bilddatenverarbeitung in §§ 12 und 13 DSG ist dies bereits durch das BVwG erfolgt, das in einer Entscheidung feststellte, dass für diese Bestimmungen im DSG keine Öffnungsklausel besteht und diese daher nicht anzuwenden sind.³⁷ Die DSB hat daher angekündigt, §§ 12 und 13 DSG künftig nicht mehr anzuwenden, sofern im Einzelfall nicht besondere Gründe dafür sprechen, und Bildverarbeitungen ausschließlich auf Basis der Art 5 und 6 DSGVO zu prüfen.³⁸

Weitere Regelungen, die das DS-DRG 2018 dem DSG brachte, waren ua § 4 Abs 6 DSG, der nun das **Auskunftsrecht beschränkt**, wenn durch die Erteilung der Auskunft ein **Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis gefährdet würde**. In § 9 DSG wurde eine **umfangreiche Ausnahme** von zahlreichen Bestimmungen der DSGVO **zu Gunsten von Medieninhabern**, Herausgebern, Medienmitarbeitern und Arbeitnehmern von Medienunternehmen eingefügt.

In § 28 wurde die Möglichkeit der Schadenersatzklage durch Verbände wieder gestrichen,³⁹ weiters wurde in § 30 Abs 3 DSG durch eine Streichung in die **Strafbarkeit natürlicher Personen eingegriffen** und die Definition in § 30 Abs 5 DSG hinsichtlich der **Strafbarkeit von öffentlichen Stellen und solchen des Privatrechts geändert**. In § 36 Abs 2 Z 7 DSG wurde die Definition der „zuständigen Stelle“ geändert und im gesamten DSG noch diverse andere

30 ORF Online am 26. 4. 2018, <http://help.orf.at/stories/2909377/> (abgefragt am 10. 5. 2020).

31 ORF Online am 25. 4. 2018, <http://orf.at/stories/2435570/2435568/> (abgefragt am 10. 5. 2020).

32 Wiener Zeitung Online am 24. 5. 2018, https://www.wienerzeitung.at/themen_channel/recht/recht/966773_Die-oesterreichische-Loesung-beim-Datenschutz.html (abgefragt am 10. 5. 2020).

33 Anderl/Schelling, Datenschutzregime mit österreichischen Eigenheiten, Der Standard 20. 1. 2018.

34 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Keine-Strafen-Oesterreich-zieht-neuem-Datenschutz-die-Zaehne-4031217.html?seite=2> (abgefragt am 20. 5. 2020).

35 Siehe dazu in der Fachliteratur aber Brodil, Arbeitnehmerdatenschutz und Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), ecolex 2018, 486. Laut Goricnik, DRdA-infas 201, 187 ist der Entfall dieser Regelung zwar bedauerlich, aus rechtsdogmatischer (und erst recht unionsrechtlicher) Sicht sei diese Vorgehensweise des Gesetzgebers allerdings irrelevant.

36 Goricnik, DRdA-infas 201, 187 bezeichnet die Vorschreibung des „Verwarnen statt Strafen“-Prinzips einer Behörde, deren Aufgabe es ist, Unionsrecht zu vollziehen, im Hinblick auf den Anwendungsvorrang des Unionsrechts als auch angesichts der unionsrechtlich garantierten Unabhängigkeit der DSB als vielleicht klientelpolitisch verständlich, insgesamt aber als „doch sehr naives“ Vorhaben. Siehe zu § 4 DSG Jelinek/Schmidl/Spanberger, DSG § 1 Anm 27.

37 BVwG 20. 11. 2019, W256 2214855-1 und 25. 11. 2019, W211 2210458-1.

38 Newsletter der Datenschutzbehörde 2020/1, 1.

39 Klauser, Rechtsdurchsetzung im Datenschutz nach der DSGVO und dem DSG 2018 idF des DS-De-regulierungsG 2018, VbR 2018/48.

Details geändert. Die Änderungen werden in der Folge im Kommentar bei den entsprechenden Paragraphen erörtert.

- 25 Separat zum DS-DRG 2018 wurde die Verfassungsbestimmung in § 35 Abs 2 in einem eigenen Gesetz⁴⁰ dahingehend ergänzt, dass die **Zuständigkeit der DSB sich auch auf verschiedene oberste Organe** im Bereich der diesen zustehenden Verwaltungsangelegenheiten **erstreckt**. Der Zuständigkeit der DSB unterworfen sind dadurch nun auch die **Parlamentsverwaltung** sowie die **Verwaltungsangelegenheiten des Rechnungshofs, der Volksanwaltschaft und des VwGH**.

IV. Aktuelle Rechtsentwicklung

- 26 Das DSGVO enthält in § 21 Abs 2 und 3 vier **Verordnungsermächtigungen für die DSB**. Nach § 21 Abs 2 DSGVO hat die DSB die Listen nach Art 35 Abs 4 und 5 DSGVO, die sog „**Whitelist**“ und **Blacklist**“, bei welchen Arten von Verarbeitungsvorgängen eine **Datenschutz-Folgenabschätzung** erforderlich ist und bei welchen diese nicht erforderlich ist, als Verordnung kundzumachen. Weiters hat sie nach § 21 Abs 3 DSGVO die nach Art 57 Abs 1 lit p DSGVO festzulegenden **Kriterien an die Akkreditierung** einer Stelle für die Überwachung der Einhaltung der Verhaltensregeln gem Art 41 und einer **Zertifizierungsstelle** gem Art 43 im Wege einer Verordnung kundzumachen.
- 27 Von diesen vier Verordnungsermächtigungen hat die DSB bereits im Jahr 2018 die „**Whitelist**“ in Form einer Verordnung über die Ausnahmen von der Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA-AV) publiziert⁴¹, ebenso die „**Blacklist**“ (DSFA-V).⁴² Weiters hat die DSB im Herbst 2019 die Überwachungsstellenakkreditierungs-Verordnung publiziert.⁴³ Die Verordnung zu den Zertifizierungsstellen wurde schließlich Anfang 2021 im BGBl veröffentlicht.
- 28 Da in Österreich sehr viele Materiengesetze datenschutzrechtliche Bestimmungen enthalten, mussten diese infolge der DSGVO aktualisiert werden, um die Begriffe und Inhalte den Erfordernissen der DSGVO anzupassen.
- 29 Den Anfang der Anpassungen machte das am 16. 5. 2018 publizierte „Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018 – Wissenschaft und Forschung – WFDSAG 2018“,⁴⁴ mit dem zahlreiche Materiengesetze wie etwa das Forschungsorganisationsgesetz, das Fachhochschul-Studiengesetz, das Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz und das Universitätsgesetz geändert wurden.
- 30 In einem Materien-Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018,⁴⁵ das am 17. 5. 2018 publiziert wurde, wurden 127 Materiengesetze aus den Bereichen Kunst und Medien, Familie und Jugend, Öffentlicher Dienst, Konsumentenschutz, Soziales, Arbeit, Bildung, Digitales, Wirtschaft, Finanzen, Inneres, Justiz, Landesverteidigung sowie Landwirtschaft und Umwelt geändert. In einem 2. Materien-Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018⁴⁶ wurden am 14. 6. 2018 weitere 100

40 Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz – DSGVO) geändert wird, BGBl I 2018/23. Auch dieses Gesetz beruht auf einem Initiativantrag (IA 188/A) einiger Abgeordneter.

41 BGBl II 2018/108.

42 BGBl II 2018/278.

43 BGBl II 2019/264.

44 BGBl I 2018/31.

45 BGBl I 2018/32.

46 BGBl I 2018/37.

Materiengesetze aus den Bereichen Integration und Äußeres, Finanzen, Gesundheit und Soziales, Sozialversicherung sowie Sport, Verkehr, Innovation und Technologie geändert.⁴⁷

Sämtliche dieser Materiengesetze abzdrukken und zu kommentieren, würde den Rahmen dieses Werkes völlig sprengen, es wird daher nur in Einzelfällen auf diese eingegangen. **31**

Mit dem sog **Kompetenzentflechtungspaket 2018**⁴⁸ entfielen mit **1. 1. 2020** die **Verfassungsbestimmungen der §§ 2 und 3 DSG**. § 2 regelte den **sachlichen Anwendungsbereich** des DSG, der gleichzeitig in Art 10 Abs 1 Z 13 B-VG sowie Art 102 Abs 2 neu geregelt wurde: Datenschutz ist nun ausschließlich Angelegenheit des **Bundesgesetzgebers**, die bisherige Landeskompetenz in Bezug auf nicht-automationsunterstützten Datenverkehr entfiel dadurch.⁴⁹ § 3 DSG regelte den **räumlichen Anwendungsbereich** des DSG, der sich nunmehr unmittelbar aus der DSGVO ergibt, weshalb § 3 außer Kraft gesetzt wurde. Überdies bereinigte das Kompetenzentflechtungspaket einige weitere Detailbestimmungen im DSG und ordnete die Inkrafttretensbestimmungen des § 70 teilweise neu. **32**

Für die Interpretation der DSGVO zu beachten sind die vielen Guidelines des Europäischen Datenschutzausschusses (EDSA), die laufend auf dessen Webseite⁵⁰ publiziert werden und deren Studium sich die Datenschutzbehörde vom Verantwortlichen erwartet.⁵¹ Diese Guidelines werden hier im Kommentar, wo relevant, berücksichtigt.

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Einleitung gab es bereits jahrelange Diskussionen und zahlreiche Entwürfe⁵² einer neuen **EU-Verordnung für Datenschutz in der elektronischen Kommunikation („ePrivacyVO“)**, die die bisherige Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation ablösen soll. Wenn die ePrivacyVO eines Tages beschlossen wird, würde sie wie die DSGVO direkt anwendbares EU-Recht bilden und nicht noch in das nationale österreichische Recht (etwa das Telekommunikationsgesetz) umgesetzt werden. Begleitende Maßnahmen im nationalen Recht, wie etwa die Bestimmung der zuständigen Behörde, könnten aber wie schon bei der DSGVO erforderlich sein, ebenso allfällige Öffnungsklauseln durch nationales Recht ausgefüllt werden. **33**

Laut Art 97 DSGVO hatte die EU-Kommission dem Parlament bis zum 25. 5. 2020 einen Bericht über die Bewertung und Überprüfung der DSGVO vorzulegen. Öffentlichen Äußerungen von Mitarbeitern der EU-Kommission war davor zu entnehmen, dass bis zur danach folgenden nächsten Evaluierung im Jahr 2024 jedenfalls keine inhaltliche Anpassung der DSGVO geplant sei, sondern der Fokus auf die Verbesserung der Umsetzung der DSGVO **34**

47 Siehe dazu *Bresich/Dopplinger/Dörnhöfer/Kunnert/Riedl*, DSG 41 f.

48 Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Übergangsgesetz vom 1. Oktober 1920, in der Fassung des B. G. Bl. Nr. 368 vom Jahre 1925, das Bundesverfassungsgesetz betreffend Grundsätze für die Einrichtung und Geschäftsführung der Ämter der Landesregierungen außer Wien, das Bundesforstgesetz 1996, das Datenschutzgesetz, das Bundesgesetzblattgesetz, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz und das Bundesgesetz über die Europäische Ermittlungsanordnung in Verwaltungsstrafsachen geändert werden, BGBl I 2019/14.

49 Siehe dazu auch *Pollirer/Weiss/Knyrim/Haidinger*, DSG⁴ § 3 Anm 2.

50 <https://edpb.europa.eu>

51 Siehe so in der Entscheidung DSB 16. 11. 2018, DSB-D213.692/000A-DSB/2018.

52 Vorschlag für eine Verordnung über die Achtung des Privatlebens und den Schutz personenbezogener Daten in der elektronischen Kommunikation und zur Aufhebung der RL 2002/58/EG (Verordnung über Privatsphäre und elektronische Kommunikation) – 10. 1. 2017 – COM(2017) 10 final – 2017/0003(COD), EUR-Lex – 52017PC0010 – DE – EUR-Lex (europa.eu).

durch die Aufsichtsbehörden und deren Ressourcenausstattung gelegt würde.⁵³ Tatsächlich entsprach die etwas verspätet im Juni 2020 publizierte Evaluierung dann diesen Äußerungen.⁵⁴

- 35** Am 4. 6. 2021 nahm die Europäische Kommission neue Sets von Standardvertragsklauseln an, die bei EU-weiten Auftragsverarbeitungen sowie internationalen Datentransfers angewendet werden können.⁵⁵ Bei diesen Klauseln für internationale Datentransfers hat sie die neuen Anforderungen der DSGVO sowie die Vorgaben aus dem *Schrems-II*-Urteil vom Juli 2020 berücksichtigt. Datentransfers, die auf den bisherigen Standardvertragsklauseln basieren, müssen bis 27. 12. 2022 auf die neuen Klauseln umgestellt werden.

53 So etwa Dr. *Horst Heberlein*, EU-Kommission in einem Vortrag am 18. 2. 2020 in der IHK München. In der anschließenden Diskussion wurde in Wortmeldungen insb Verbesserungsbedarf bei der Umsetzung der DSGVO durch die irische Datenschutzbehörde und der Verfahrensdauer im Hinblick auf deren Zuständigkeit für US-Unternehmen wie zB Facebook oder Google gesehen.

54 Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, 24. 6. 2020, COM(2020) 264 final.

55 Durchführungsbeschluss (EU) 2021/914 der Kommission vom 4. 6. 2021 über Standardvertragsklauseln für die Übermittlung personenbezogener Daten an Drittländer gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 ABl L 2021/199, 31 und Durchführungsbeschluss (EU) 2021/915 der Kommission vom 4. 6. 2021 über Standardvertragsklauseln zwischen Verantwortlichen und Auftragsverarbeitern gemäß Artikel 28 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2016/679 und Artikel 29 Absatz 7 der Verordnung (EU) 2018/1725, ABl vom 7. 6. 2021 L 2021/199, 18.